

## VII. Anhang

### 1. Experteninterview, Angelika Hörmann, Bundessprecherin der Grünen Wirtschaft, am 13. 11. 2006

*Philipp Jurschitz: Grüß dich Angelika. Vielen Danke, dass du dich bereit erklärt hast, mir im Rahmen meiner Diplomarbeit mittels eines Interviews zu helfen. Ich bin vor ca. drei Monaten auf die Grüne Wirtschaft gestoßen und habe eure Tätigkeiten interessant gefunden. Kannst du mir bitte in einigen Worten sagen, was die Grüne Wirtschaft ist und was ihr macht?*

*Angelika Hörmann:* Ok, die Grüne Wirtschaft ist eine Interessensvertretung für diejenigen, die unter Wirtschaft etwas anderes verstehen als die Wirtschaftskammer mit ihren Organisationen oder der Wirtschaftsbund. Die Grüne Wirtschaft wurde bereits 1999/2000 gegründet, das heißt ganz so jung sind diese Dinge auch wieder nicht; nur für uns in Westösterreich. Gegründet wurde es in Niederösterreich, Wien, wenn mich nicht alles täuscht auch in Oberösterreich zwischen 1999 und 2002 und hat bei den Kammerwahlen aus dem Stand heraus 60 oder 65 Mandate erreicht. Und das war dann so irgendwie der Impulsgeber dafür, dass man nun auch in die einzelnen Regionen expandiert. Dann hat man angefangen die Grüne Wirtschaft auch in den Regionen aufzubauen. Parallel dazu haben sich immer mehr die Kleinst- und Kleinunternehmen entwickelt, und man konnte feststellen, dass zwischen den besagten Betrieben und der Grünen Wirtschaft eine besondere Affinität bestand. Worauf die damalige Führungscrew beschlossen hat, in die Bundesländer zu gehen. Nach und nach, ich glaub mit mir haben erstmalig 2003 Gespräche stattgefunden. Ich hatte dann genug Vorlaufzeit, mich in die Ziele der Grünen Wirtschaft und deren Umsetzungsmöglichkeiten einzuarbeiten. 2004 habe ich das Konzept für interessant befunden und mich bereit erklärt, die Landesleitung zu übernehmen und habe dann erstaunlich schnell – ich hab's zwar nicht so erlebt, hinterher betrachtet war es erstaunlich schnell – MitsreiterInnen gefunden, die gesagt haben, dass es von unserem Ansatz von Wirtschaft so etwas wie die Grüne Wirtschaft benötigt. „Ja, da machen wir mit“ und so sind wir 2005 zum ersten Mal bei der Wirtschaftskammerwahl angetreten und haben 23 Mandate erreicht. Wir hätten noch mehr machen können, wir hätten noch mehr Positionen in der Wirtschaftskammer besetzen können, hätten wir genug Leute gehabt. Das heißt, wir haben einen SymptisantInnenpool aufgebaut, was in dieser relativ kurzen Zeit ganz schwer möglich war und wir waren völlig überrascht. Wenn man das jetzt an Wien misst, haben wir eigentlich gut abgeschnitten.

*Philipp Jurschitz: Kann man sagen, dass ihr zur rechten Zeit am rechten Ort gewesen seid?*

*Angelika Hörmann:* Genau, das meine ich mit Parallelentwicklungen, die stattgefunden haben. Ich muss sagen, dass die Leute, die das in Wien angezettelt haben, sehr gut erkannt haben, dass die das zuerst richtig erkannt haben und auch alte Hasen in der Gemeindepolitik, aber zufällig auch UnternehmerInnen waren. Dort haben drei Entwicklungen auf drei Ebenen stattgefunden. Einerseits die Sensibilisierung in der Wirtschaft auf einen anderen Themenfokus, auf andere Bereiche wie man so sagt: Großer frisst Kleinen, um das so festzuhalten. Dann die

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

Ökologisierung der Wirtschaft als ganz wesentlichen Bestandteil und parallel dazu die extreme Entwicklung von diese Klein- und Kleinstunternehmen, Einpersonenunternehmen (EPU), so wie man sie jetzt nennt – Microstars – damit das Ding einen Namen hat. Aber ist ja von 2000 bis jetzt explodiert. Die Gründe dafür, warum es so viele EPU's gibt, ich weiß nicht, darüber reden wir vielleicht später noch mal, die sind ja sehr unterschiedlich. Aber ich sag jetzt mal, das Kernanliegen der Grünen Wirtschaft, warum die sich damals zusammengeschlossen haben, hat natürlich einen Anlass gehabt. Und zwar ist es in Wien damals um diese Riesen Gewerbegebiete gegangen, rund um Wien, der berühmte Speckgürtel. Das ist das, was wir erst ein paar Jahre später in Tirol in der Entwicklung nachgeholt haben, wo neben der Cyta und DEZ, der Gürtel an Lidl's und Hofers gewachsen ist. Um Innsbruck herum ist das explodiert und wenn du weißt, das die vorhaben in Österreich noch 60 Standorte aufzubauen, dann ist das genau damals in Wien passiert. Damals hat sich eine kleine Gruppe von engegegierten Kleingewerbetreibenden zusammengeschlossen und hat irgendwann gesagt: „So, jetzt ist Sendepause!“ Dazu kam die Übermüdung der Bevölkerung, jeden Samstag und Sonntag nach Vösenforf zu pilgern und wieder zurück. Du siehst, da haben mehrere Faktoren zusammengespielt, wie so oft ist in solchen Situationen. Bei uns in Tirol gab es da noch einen anderen Aspekt, weil wir ja doch andere Voraussetzungen haben und andere Faktoren mitgespielt haben. Stichwort: Sanierungsgebiet Inntal, große Firmen die eigentlich ein sehr gutes Renommee haben und großer Arbeitgeber sind, aber das „gap“ zu den Kleinen viel zu groß ist. Also, wo bleibt die Kleingewerbeförderung? Wo bleibt die Kleinwirtschaftsförderung?

*Philipp Jurschitz: Die Idee ist also auch die Kleineren mehr zu berücksichtigen?*

*Angelika Hörmann:* Genau! Das ist und bleibt die Kernidee und das Ganze noch mit diesem Ökotoch, den natürlich die Grünen grundsätzlich haben, dass bis heute nicht erkannt wird, wie viel Arbeitsplätze allein in der Ökowiirtschaft drinnen wären, von Energiewende angefangen etc.

*Philipp Jurschitz: Was mich interessieren würde – und jetzt zum Kern meiner Frage: Wie sieht es mit der Demokratie in der Wirtschaft aus? Wir haben uns damals von drei Kernbereichen von Demokratie in der Wirtschaft – also was für die Grünen Demokratie in der Wirtschaft bedeutet – gesprochen. Kannst du diese bitte kurz beschreiben?*

*Angelika Hörmann:* Demokratie in der Wirtschaft bedeutet für uns 1. die Demokratisierung der Kammern insbesondere der Wirtschaftskammer, welche gänzlich undemokratisch ist, weil 80% der Wirtschaftsbund ist. Der Rest ist Farbenspielerei, außer die Sparte 7, welche grünlastig ist. 2. bedeutet Demokratie in der Wirtschaft das System, das Unternehmen innen und außen. Innen bezieht sich auf innerbetriebliche Mitbestimmung und außen die Unternehmervvertretung, sowie Vertretung nach außen. 3. bedeutet Demokratie in der Wirtschaft transnationale Mitsprache, den Global Marshallplan und das European Recovery Programme, also Kapitalismus versus Sozialismus. Was man findet, ist Demokratie in den Gemeinden, so dass wirtschaftliche Kooperation stattfindet, die also auf wirtschaftlicher Ebene sehr gut funktionieren. Es handelt sich sozusagen um Gemeinden,

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

in denen ein kooperatives System vorhanden ist, wo jetzt wirklich der Tischler und der Schuster, wobei Schuster gibt es fast keiner mehr, aber die ganzen kleinen Betriebe so zusammenarbeiten und einander brauchen und einander bedingen. Dort halte ich das Modell der Demokratie, der Wirtschaftsdemokratie noch für gelebt. Nur das sind mittlerweile wahnsinnig wenige Gemeinden, in denen das der Fall ist. Du hast meistens in den Orten einen großen Arbeitgeber. Wir könnten uns jetzt die Gemeinen anschauen, dann würde man das genau sehen, wo dann auch die Gemeinestrukturen leider Gottes nicht mehr diesen Zulieferer- oder Abnehmerstatus haben sondern das sind zwei Paar Schuhe. Meistens hast du einen großen Betrieb, der seine Zulieferfirmen in Deutschland, Polen oder sonst wo hat, und das sind die Kleinfirmen, die von diesen großen Firmen leider nicht leben können und dort findet man auch nicht mehr diese Form von demokratischem Spiel, oder, wie sagt man da? Vielleicht ist das gar nicht der richtige Begriff dafür? Besser würde da noch Kooperation passen, aber es ist eine undemokratische Kooperation, so wie es sich dann ausformt, ist es sicher nicht demokratisch.

**Philipp Jurschitz:** *Was mich interessieren würde, um auf den zweiten Bereich zurückzukommen, der für mich der Wesentliche ist: Wie sieht demokratische Mitbestimmung deiner Meinung nach in Unternehmen aus und woran liegt es, dass sie nicht ausgebaut wird?*

**Angelika Hörmann:** Also woran es liegt, dass sie nicht ausgebaut wird, hat mit Sicherheit mit den Marktmechanismen insgesamt zu tun, wie sie jetzt vorherrschen. Also, dass du heute so scharfe Lieferfristen hast, solche Baufristen hast, solche Biennalen hast, weißt du, also Rahmenbedingungen hast, die dich als Unternehmer ständig unter Druck setzen, um den Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Demokratische Prozesse innerhalb der Firma haben aufgrund dessen nicht mehr Platz.

**Philipp Jurschitz:** *Das heißt also, dass es sich nur um einen Vorwand handelt, die Eigenlogik des Marktes vor die demokratische Mitbestimmung zu setzen oder findest du das gerechtfertigt?*

**Angelika Hörmann:** Also für meinen Begriff ist, wenn man Demokratie als Prozess sieht – selbstverständlich gibt es Situationen in denen man schnell handeln muss, Kunden beliefern muss oder auf dem Markt schnell reagieren muss. Aber andererseits glaube ich, ja, genau wie du es sagst, es verhindert viele Demokratisierungsprozesse. Also handelt es sich um einen Sachverhalt, der in die Firmen hineingetragen wird. Jetzt gibt es aber schon Firmen in Tirol – und ich glaube, dass das in Tirol nicht wenige sind, die ein grundsätzliches demokratisches Gefüge besitzen, oder zumindest ein freundliches Gefüge besteht oder hätten und diese dann aber auch nicht wirklich leben können, weil wiederum von außen der Druck so stark ist. Ich halte es nicht unbedingt für einen Vorwand, wie du zuerst gesagt hast. Ich kann es dir aus der Baubranche sagen, dass es dort unmöglich ist, demokratisch zu agieren, weil das oft langsamer ist und man dort irrsinnig schnell sein muss. Wenn man dort etwas nicht rechtzeitig zubetoniert oder aufgebaut hat, dann kostet das die Firma, was sich keine Firma leisten kann.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Philipp Jurschitz:** Hier steckt aber die Annahmen dahinter, dass demokratische Prozesse Entscheidungen extrem verlangsamen.

**Angelika Hörmann:** Zumindest wird es so erlebt! Ich erlebe das nicht so. Im Gegenteil, wenn ich diese Prozesse alle demokratische behandle, entsteht ein System in der Firma, das nicht so störanfällig ist.

**Philipp Jurschitz:** Also du meinst mehr Mitarbeiterzufriedenheit, höheres Commitment usw?

**Angelika Hörmann:** Genau, nur das wird ja nicht mehr erkannt und es wird ja auch nicht mehr propagiert. Wobei ich mir sicher bin, dass das wieder kommen wird, dass man erkennt: Ich muss in meinem Betrieb einfach grundsätzliche Strukturen finden, die einigermaßen demokratisch sind. Dann arbeiten die Mitarbeiter gut, arbeiten zufrieden, erbringen die entsprechende Leistung, haben dann auch nicht exorbitante Ansprüche, aber haben ihre Ansprüche selbstverständlich. Also ich glaube, dass dies ein Status ist, den wir irgendwann mal wieder erreichen werden, aber im Moment sieht es nicht danach aus.

**Philipp Jurschitz:** Einigermaßen demokratisch heißt aber nur näherungsweise und nicht dem Idealbild entsprechend, also grad ein bisschen Mitbestimmung, dass die Mitarbeiter ruhig gestellt sind.

**Angelika Hörmann:** Das gibt es sowieso nicht wirklich, weil alles zu sehr in Bewegung ist, weil sich das so sehr verändert. Vor allem ändern sich Anforderungen und Bedingungen mit jeder Generation. Wie ich angefangen habe zu arbeiten, hat es den Begriff des „Neoliberalismus“ noch nicht gegeben. Ob bei uns besonders demokratisch gearbeitet worden ist, weiß ich auch nicht, um ehrlich zu sein. Aber wir haben zumindest mehr Raum gehabt für demokratische Mitbestimmung. Deswegen hab ich auch einen anderen Zugang zur Wirtschaft. Unser Kai Elmar sagt immer: Es muss zumindest ein Baum wachsen können, um ihn dann zu schönen Brettern zu verschneiden. Also der Lauf der Vegetation sollte zumindest unser äußerer Rahmen sein. Also 20 bis 30 Jahren, in denen sich die gesamte Vegetation einmal durcharbeitet in den Wäldern bei uns, diesen Raum sollten wir uns zu Verfügung stellen und an solche Dimensionen denken wir schon lange nicht mehr und da hat auch kein demokratischer Prozess mehr Platz.

**Philipp Jurschitz:** Jetzt hast du einmal gesagt, um einen kleinen Sprung zu machen, es gibt überhaupt keinen Wunsch mehr nach Partizipation oder demokratischer Mitbestimmung. Wie siehst du das oder wovon hängt der Wunsch ab?

**Angelika Hörmann:** Der Hintergrund ist interessant. Hm... warum gibt es diesen Wunsch nicht mehr? Weil ich in der Arbeit so unter Druck stehe, dass ich schnell handeln muss, weil ich.... je mehr ich den Anforderungen des Arbeitsplatzes gerecht werde, desto höher ist meine Chance, den Arbeitsplatz zu behalten. Das sichert mir sozusagen meinen Arbeitsplatz. Wenn ich jetzt anfangen aufzumucken und irgendwelche demokratischen

Strukturen einfordere, bringe ich sofort meinen eigenen Arbeitsplatz in Gefahr und das wird einem auch vom „oben“ suggeriert.

**Philipp Jurschitz:** *Man kann also sagen, dass Arbeitnehmer unter allen Bedingungen bereit sind zu arbeiten, Hauptsache sie haben genügend Geld, um zu überleben und einen sicheren Arbeitsplatz?*

**Angelika Hörmann:** Genau! Und dazu kommt, dass es immer mehr neue Selbstständige gibt. Ich hab dir damals erzählt, dass es sogar schon Zimmermädchen gibt, die neue Selbstständige sind, wodurch sich in der „jobdescription“ so wahnsinnig viel verändert. Und auf der anderen Seite finde ich dann wieder Firmen – eine Glaserei in Hall – wo man merkt, dass deren Mitarbeiter irrsinnig gerne in der Firma sind, ein irres Betriebsklima haben; denen geht es einfach saugt. Dort findet man den Raum für alles und sie bringen trotzdem oder gerade deswegen die Leistung.

**Philipp Jurschitz:** *Die Frage, die ich mir stelle, ist warum man so was im Sinne von Benchmarking nicht übernimmt? Nun gibt es nur einige Betriebe in Tirol, die also hinreichend groß sind, um an dieser Stelle die Planseewerk zu nennen, in denen aufgrund der Unternehmensgröße demokratische Mitsprache sich verändert oder im wirklichen Sinne möglich ist bzw. sein sollte. Man hat dort so was wie Betriebsratswahlen, die man aufgrund bestimmter Faktoren nicht in anderen Betrieben vorfindet, weil es dort keinen Betriebsrat gibt, weil die Betriebe zu klein sind oder dieser verhindert wird. Aber in großen Betrieben fände man den institutionellen Rahmen, in dem sich Demokratie ausgestalten könnte. Wie sieht jetzt deiner Meinung nach demokratische Mitsprache in größeren Unternehmen Tirols aus? Ist das eine Worthülse, oder steckt dort wirkliche Demokratie dahinter?*

**Angelika Hörmann:** Ich glaube, dass bei diesem „player“, die soeben angesprochen hast, keine Worthülse ist. Dort findet man nämlich klare Strukturen, wobei da wohl ein Unterschied zu machen ist zwischen klaren Strukturen, klaren Leitbildern und klaren Verantwortungsbereichen. Es ist ja schließlich auch eine gewisse Form von Demokratie zu wissen, was mein Aufgabengebiet ist. Es gibt nämlich Firmen, in denen die drei Punkte nicht so klar definiert sind. Und ich würde jetzt meinen, dass Plansee eine Firma ist, in der demokratische Strukturen ausgebildet sind. Im Planseewerk findet man relativ wenig Fluktuation von Mitarbeitern und trotzdem gewaltigen „output“, was an sich zumindest ein Indiz für ein gutes Betriebsklima ist! Dazu kommt, dass dort mit eigenen Instrumenten gearbeitet wird. Die haben dort ihre eigene Musikkapelle, einen eigenen Kindergarten, mit eigenem Veranstaltungsgeld und und und..... Das heißt, dass dort mitarbeiterbindende Maßnahmen, die man zumindest oberflächlich als demokratisch oder zumindest mitarbeiterfreundlich einstufen kann, wie immer man das auch bezeichnen will. Es festigt zumindest die internen Strukturen. Dort gibt es die Form der Mitbestimmung, in dem ich mich in verschiedenen Sparten, die dort angeboten werden, engagiere.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Philipp Jurschitz:** *Meiner Meinung nach sind solche Steuerungsmechanismen Maßnahmen die man als Scheindemokratisierung bezeichnen kann, weil sie Mitbestimmung dort gewährleisten, wo sie nicht den Betrieb betrifft. Die Inhaber der Macht und der Herrschaftsposition gewähren den übrigen Systemeinheiten quasi zunehmende Bedürfnisbefriedigung, obwohl es sich nicht zwingend um eine Macht- oder Herrschaftsveränderung handeln muss, da diese in der Veränderung des Führungsstils nicht unbedingt miteingeschlossen sind. Wenn man so will, dann ist das Demokratisierung in Bereichen, die nicht den Betrieb betrifft.*

**Angelika Hörmann:** Finde ich nicht! Das ist eine Beteiligung derer, die beteiligt werden wollen und wenn dann fünf Hansln bei der Blasmusikkapelle dabei sind, kommt der sechste dazu usw. Und dieses Instrument bildet die Mitarbeiter und schafft ihnen Räume, sich auszutauschen, und damit gestalten sich die Arbeitsprozesse auch besser und zwar untereinander. Die Logik ist folgende: Wenn ich von der Buchhaltung komme und mit dem Leuten von der Zerspanungstechnik und der Fertigung mich austauschen kann, weil ich mit denen gemeinsam musiziere, habe ich von vorne herein ein anderes Bild von meinen Mitarbeitern, mit denen ich gemeinsam auf einer Ebene arbeite, allein schon weil ich sie kenne. Das ist aber nicht Schein. Ich würde das nicht als Schein sehen. Man schafft auf jeden Fall eine „corporate identity“, wie immer man das nennen will. Ich würde das sicher nicht mit dem negativen Bild der Scheindemokratisierung verbinden, sondern ich würde sagen, dass es sich dabei um Identitätsstiftung handelt, was letztendlich mehr „output“ bringt. Das ist natürlich das Ziel des Unternehmens, das gewinnbringend wirtschaften muss. Und wenn ich mir dann andere Unternehmen anschau, wo das nicht so ist, dann finde ich dort einen ständigen Wechsel der Mitarbeiter. Ohne jetzt Namen zu nennen, weiß ich einfach, von bestimmten oberländer Firmen, wo die Durchgangszeit teilweise drei oder 4 Monate ist, weil eben keinerlei Instrumente zur Verfügung stehen, außer Leistungsdruck, Arbeitsdruck, immer noch ausgedehntere Betriebszeiten etc.

**Philipp Jurschitz:** *Kann man aber festhalten, um in meiner Terminologie zu verweilen, neben dieser Scheindemokratisierung, dass es auch noch echte Demokratie gibt, wie z.B. Betriebsratswahlen, betriebsinterne Mitsprache und die Wahl von Interessensvertretern, wo also irgendeine Form direkte Mitsprache vorfindet.*

**Angelika Hörmann:** Ich glaube, das ist allgemein gesetzlich so geregelt, da fährt einfach die Eisenbahn drüber. Nur in manchen Firmen muss das dann wie ein Banner hinausgetragen werden und in manchen Firmen ist das gar nicht notwendig.

**Philipp Jurschitz:** *Deswegen habe ich auch gefragt, manche Dinge sind zwar gesetzlich geregelt, aber wie sieht es real aus? Und hier kann man zusammenfassen, dass de facto mehr Demokratie besteht.*

**Angelika Hörmann:** Genau! Bei den großen Firmen erübrigt sich das sowieso, aber bei den kleinen wird das schon wieder schwer.

**Philipp Jurschitz:** *Womit wir eigentlich bei meiner nächsten Frage sind: Wie sieht das Unternehmerfeld in Tirol aus? Wie ist die Verteilung EPU's, Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) und Konzerne?*

**Angelika Hörmann:** Einpersonenunternehmen gibt es in Tirol 53%, laut letzter Statistik. Das ist aber ganz eine schwierige Geschichte, weil die KMUs – die Klein- und Mittelbetriebe – ranchieren ja von 5-500 Mitarbeitern. Man darf also nicht vergessen, dass im Prinzip die Firma KTW ein KMU ist und einen Umsatz hat, der gewaltig ist. Da muss man schon bedenken, wovon man redet. Habe ich die fünf Leute, die Dienstleister sind, oder habe ich ein Riesenunternehmen? Dementsprechend unterschiedlich sind die Strukturen.

**Philipp Jurschitz:** *53% sind also EPU's?*

**Angelika Hörmann:** Ja!

**Philipp Jurschitz:** *Jetzt haben wir uns die ganze Zeit über Demokratie im Unternehmen unterhalten, ja? Demokratie im Unternehmen ist aber bei einem EPU nicht möglich!*

**Angelika Hörmann:** Genau, man ist dann selbst demokratisch (lacht).

**Philipp Jurschitz:** *Ich kann entscheiden, ob ich um sechs Uhr aufstehe oder um sieben, aber arbeiten muss ich sowieso! Wie schaut denn jetzt aber demokratische Mitsprache mit EPU's aus oder wie könnte man die berücksichtigen? Des wäre dann nicht innerbetrieblich, weil nicht möglich.*

**Angelika Hörmann:** Schau, ich kann nur davon ausgehen, was mein demokratische Grundverständnis ist. Ob ich das jetzt in meinem EPU lebe oder nicht, ist einem selbst vorbehalten. Deswegen ist das Bild der Wirtschaftstreibenden diesem Wandel unterzogen. Ich hab zum einen die „global player“, die zum Teil oft wenig demokratisch strukturiert sind, aber ich würde das jetzt nicht auf Tirol beziehen. Dann habe ich – wenn du so willst – diese „medium player“ wie Plansee. Die Firma, die die Steinchen macht (der Name wurde weggelassen), ist für mich eine Firma, die so tut, als wäre sie weiß Gott wie demokratisch. Das sind sie aber nicht und das weiß man auch! Ich wollte diese zuerst nicht als Beispiel nennen, aber das weiß man einfach von der Firma. Vor allem, wo das ein Familienbetrieb ist, in dem die Lobby der Familie sehr stark über allem drübersitzt. Aber bei einem EPU? Vergiss es! Damit verlernt man aber auch demokratische Strukturen zu leben, wenn ich ständig in meinem EPU sitze. Und warum schließen sich dann so viel EPU's dann doch zu Bürogemeinschaften zusammen? Weil sie es alleine nicht aushalten. Das ist ja fad und geht einem auch auf den Geist, immer allein zu sein.

**Philipp Jurschitz:** *Nachdem demokratische Mitsprache in EPU's keinen Sinn hat, zumindest innerbetrieblich nicht, weil die Struktur dafür fehlt, muss man diese irgendwie in der Politik berücksichtigen. Wie werden EPU's in der Politik berücksichtigt?*

**Angelika Hörmann:** Nun, indem sie jetzt als Zielgruppe bei den Wahlen entdeckt worden sind (lacht). Das klingt nach wenig, aber es ist so. Also das, was wir schon seit Jahren durchzusetzen versuchen: Dass EPU's eine

Absicherung brauchen bei Verdienstentgang, dass man endlich die Durchrechenbarkeit macht, dass man den Verlustvortrag macht, dass man diese Bereiche für EPUs leichter gestaltet. Als Unternehmerin kannst du dir nicht erlauben, ein Kind zu bekommen, etwas spitz formuliert, gell? Aber, dass man da einen Fond einrichtet, oder dass man Instrumente schafft, die EPUs besser absichern fehlt leider noch. Die Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit ist dabei Hauptthema.

*Philipp Jurschitz: Und davor hat es so was nicht gegeben?*

*Angelika Hörmann:* Nein, und es wurde auch nicht zum Thema gemacht, weil die Wirtschaftskammer die EPUs belächelt hat. Die haben gesagt, dass es denen eh super geht, die paar neuen Selbständigen, die.

*Philipp Jurschitz: Seit wann gibt es denn so viel EPUs in Tirol?*

*Angelika Hörmann:* In Tirol würde ich sagen, dass diese erst seit den letzten vier bis fünf Jahren explodiert sind.

*Philipp Jurschitz: Also kann man von einer neuern Erscheinung sprechen?*

*Angelika Hörmann:* Ja, absolut! Und der Punkt war einfach der, dass man uns in der Wirtschaftskammer als grüne Spinner bezeichnet hat. Und auf einmal kam die Bundeswirtschaftskammer und hat gemeint, dass die Sparte 7 (Consulting) gründen. Und auf einmal fanden sich in dieser Sparte 7 viele Mitglieder und diese wurde plötzlich zur wichtigsten Sparte bei der Wahl. Alle haben sich wie die Geier auf diese Sparte 7 gestürzt.

*Philipp Jurschitz: Sparte sieben sind EPUs?*

*Angelika Hörmann:* Nein. In der Sparte 7 finden sich die ganzen Dienstleister im Bereich Unternehmen, Elektro, also von den Übersetzern angefangen bis zu den technischen Büros und Softwareentwicklern, sind dort alle zusammengefasst und interessanterweise sind die irrsinnig grünaffin. Wir haben dort die größten Erfolge verzeichnet.

*Philipp Jurschitz: Ich habe damals interessant gefunden, dass beim letzten Mittagstisch der Grünen Wirtschaft (Grüner Tisch) ein Vertreter einer bestimmten Partei, ich nenne sie nicht, dort erschienen ist und gesagt hat, dass das, was die Grünen machen, bereits von der besagten Partei abgedeckt sei, nach dem Motto: Warum macht ihr das jetzt doppelt?*

*Angelika Hörmann:* Ich finde es halt einfach schade, wenn man das erwidern muss. Fakt ist, dass wir seit drei Jahren die Kaminesgespräche und den Grünen Tisch machen, da kann mir der Herr (.....) erzählen, was er will. Wirklich! Ich will auch nicht in einen Wettbewerb treten, wer jetzt, was gemacht hat. Für mich ist entscheidend, was wir jetzt als nächstes Thema auf den Tisch bringen, wo sie dann wieder alt aussehen, aber das ist jetzt die politische Ebene.....

*Philipp Jurschitz: Wie geht es deiner Meinung nach den EPUs? Schlecht oder gut?*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Angelika Hörmann:** Ehm... also wenn ein EPU die Hürde der ersten drei Jahre übersteht, dann geht es. Bei meinem Unternehmen waren es damals noch fünf Jahre, wo ich gemerkt habe, dass ich lange am Zahnfleisch daher gekrochen bin. Wenn man seine eigenen Erwartungen reduziert und erkennt, dass man nicht Dienstgeber für 20 Personen sein muss, sondern höchstens für dich selber und vielleicht noch für deine Assistentin oder deinen Assistenten, wenn man das erkennt, dann ist es OK. Erstaunlicherweise bestehen große Geschlechtsunterschiede, weil Frauen damit ganz anders umgehen. Männer sehen sich erstaunlich schnell als „big Zampanos“ mit Penthausbüro oder sonst irgendwas und das tun Frauen erstaunlicherweise nicht. Deswegen überlegen EPUs von Frauen länger und nachhaltiger als jene von Männern, was ich als interessante Komponente sehe. Heißt also, dass man bei den EPUs berücksichtigen muss, wie viele Frauen wie viel Leistung erbringen, gesamtwirtschaftlich gesehen. Wie war jetzt noch mal die Fragen?

**Philipp Jurschitz:** *Ob es den EPUs gut oder schlecht geht?*

**Angelika Hörmann:** Wenn ich längere Zeit als EPU bestehe, dann geht es mir meistens so gut, dass ich mich selbst erhalten kann. Heißt aber auch, dass ich meine Ansprüche dementsprechend formuliere. Neue Selbstständige, die noch nicht abgefangen sind – also sozialrechtlich nicht – und von einem Auftrag zum nächsten hecheln, den geht es nicht unbedingt gut, aber das ist jetzt eine Hypothese.

**Philipp Jurschitz:** *Lass und bitte kurz zum Thema Demokratie Zurückkehren. Sollte demokratische Mitbestimmung in Unternehmen, also in Klein- und Mittelbetrieben und vor allem Konzernen ausgebaut werden und wenn ja, auf welche Weise? Es gibt ja schließlich verschiedene Strategien der Demokratisierung.*

**Angelika Hörmann:** Also Mitbestimmung, eh... ich halte das für eine Grundvoraussetzung für einen Konzern und für größere Unternehmen allgemein. Und ich erinnere mich an Amerika, wo ich gelebt habe. Wir haben bei AT&T gearbeitet, und dort war Mitbestimmung so formuliert, dass man mehrere Gruppen an einem Thema hat arbeiten lassen und sie damit zu Höchstleistungen gebracht hat. Das verstehe ich nicht unter Demokratie! Sondern unter Demokratie verstehe ich schon, dass ich mitbestimmen lasse, in welche Richtung soll unser Konzern weitergehen und welche Schwerpunkte soll man setzen. Und da denke ich, dass es für die Unternehmen wirklich zielführend ist, dass sie innerhalb ihrer Strukturen Plattformen schaffen, wo Mitarbeiter sich untereinander austauschen können und auch sagen können, wie sie die Lage insgesamt im Unternehmen einschätzen. Das ist an sich wertvoll, weil ich mir was von meinen Mitarbeitern hohle.

**Philipp Jurschitz:** *Es handelt sich quasi um den Ausbau, von dem was man in der Politik unter Demokratie versteht, in die Wirtschaft oder anders: die Transformation staatlicher bzw. politischer Demokratie in die Wirtschaft? Was man im Moment in der Wirtschaft und der Gemeinde findet, ist an sich innere Demokratie. D.h., dass man mitbestimmen darf, aber nicht über bestimmte Unternehmensziele hinaus. Und die Idee dahinter ist, ich nenne als Beispiel die selbstverwaltenden Unternehmen, wo neun Unternehmensmitglieder alle*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellerverlag.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*gleichberechtigt nebeneinander stehen, die das Unternehmensziel bestimmen und alle wirtschaftlichen und betriebsinternen Entscheidungen mitbestimmen und nicht nur „bottom up für how to do it“ und „top down für targets“, was meiner Meinung nach auch nur so ein halbdemokratischer Prozess ist. Von oben wird einem gesagt, was man zu tun hat, und die Unteren dürfen dann schauen, wie es gemacht wird. Das ist zwar demokratisch, aber nicht basisdemokratisch oder staatliche Demokratie.*

**Angelika Hörmann:** Da bin ich jetzt relativ nüchtern. Du musst ein irrsinnig erfolgreiches Unternehmen haben, das über genügend Geld verfügt, damit man sich so was leisten kann, dass man wirklich vollkommen basisdemokratisch, neun Leute, wie es soeben beschrieben hast, mitbestimmen können, wie und welche Entscheidungen getroffen werden sollen. Man wird zumindest flache Hierarchien immer vorfinden in einem Unternehmen. Reines „bottom-up“ wird es kaum geben. Es braucht Prozesse, wo Entscheidung intern getroffen werden, aber auf welcher Ebene macht man das wirklich? Auf welcher Ebene macht man das wirklich? Es ist an sich ein schwieriger Prozess, weil wenn ich neun Mitarbeiter habe, dann finde ich zehn Meinungen vor.

**Philipp Jurschitz:** *Und was wenn ich 1000 Mitarbeiter habe? Dann ist direkte Mitbestimmung nur auf kleiner Ebene möglich, also in der eigenen Organisation oder Abteilung.*

**Angelika Hörmann:** Und da ist wieder auch wichtig, dass ich schau, was für das Unternehmen gut ist. Wenn mir heute jemand, der 20 Jahre in einer Firma ist, dann weiß der ganz genau, wie Abläufe funktionieren. Selbstverständlich werde ich den fragen und mit dieser einen Person Optimierungsprozesse erarbeiten. Aber das ist wieder eine andere Ebene. Um was geht es bei demokratischer Mitbestimmung in Unternehmen? Geht es um Kinderbetreuungsplätze, geht es um Sonderleistungen für bestimmte Mitarbeiter, geht es um das, dies oder jenes? Also was verstehe ich unter Demokratie? Mitbestimmung zum Arbeitsplatzprofil, Mitbestimmung zu Inhalten die die Firma nach außen beschließt, Mitbestimmung in.....(seufzt). Das hat mir z.B. beim Adlerwerk zu gutgefallen, mit denen habe ich auch zusammengearbeitet. Die haben so was wie ein Auffangnetz für altgediente Mitarbeiter ins Leben gerufen, die jetzt nach 40 Jahren in Pension gehen und sich von ihrer Firma nicht trennen können, was nämlich auch was beschreibt. Das muss man auch dazu sagen, weil das heißt schließlich was. Sie lassen für jene Mitarbeiter, die noch arbeiten wollen, die Möglichkeit offen, Führungen für Schulen bzw. Einführungen für Schulen zu machen. Und das nenne ich direkte Mitbestimmung, das haben damals die Mitarbeiter selbst entwickelt, dass wenn sie in Pension gehen, noch irgendwelche Aufgabenbereiche geschaffen werden, damit noch eine Arbeit haben können.

**Philipp Jurschitz:** *Dazu fällt mir Ricardo Semmler ein, der das SEMCO Prinzip eingeführt hat, was fast zu 100% annähernd basisdemokratischer Mitbestimmung entspricht und es funktioniert wunderbar.*

**Angelika Hörmann:** Ich glaube auch, dass das hier funktionieren würden. Die Firma Berghofer, also diese Adlerlacke Firma, hat ein gutes Renommee, bietet eine Spitzenqualität, also das ist das, was ich so mitbekommen habe. Man merkt einfach, dass in dem Unternehmen alles passt an der Art und Weise, wie frühere

Mitarbeiter und aktuelle Mitarbeiter über ihr Unternehmen reden. Das heißt, da läuft intern ein Prozess, der sichtlich allen gut tut, und das ist für mich das ursprünglichste von Demokratieverständnis. Es muss den Mitarbeitern gut gehen. Das Ziel für mich war immer, dass jemand gerne arbeitet, dass es einem Spaß macht, dass sein kreatives Potential ausgeschöpft wird und dass wirklich ein gegenseitiger Nutzen entsteht. Ob das das ist, was wir nun unter Demokratie verstehen? Teilweise wahrscheinlich!

*Philipp Jurschitz: Zwei abschließende Fragen hätte ich noch. Du hast gesagt, dass der eine Punkt, warum Demokratie nicht ausgebaut wird, unter anderem mit wirtschaftlichem Gewinnstreben zusammenhängt, also der Eigenlogik des Marktes. Gibt es deiner Meinung nach weitere Argumente, die genannt werden, Demokratie nicht auszubauen.*

**Angelika Hörmann:** Es wird intern oft gesagt, dass es mühsam ist. Wenn du heute Unternehmensgründer bist und als alter Hase giltst in deinem Bereich und man diskutiert zu 100.000sten Mal genau das, was man vor zehn Jahren schon diskutiert hat. Dann muss man so was einfach zulassen können und das schaffen die Wenigsten, weil demokratische Prozesse langwierig sind und manche Menschen aufgrund ihrer persönlichen Disposition, wenn man so will, so etwas Langwieriges nicht zulassen können. Demokratie ist für mich immer was Urmenschliches, was Veränderbares. Das würde ich als wichtigen Punkt sehen und dann fehlt da noch eine Gelassenheit hinsichtlich demokratischer Instrumente. Was mich immer so schreckt, ist der Ruf nach dem starken Mann, den man oft in den Betrieben findet. Der weiß schon, was gut ist für uns. Das bedingt sich dann gegenseitig: Einerseits kann der starke Mann dann eine hierarchische Struktur schaffen und andererseits habe ich dann einen Mitarbeiterstab der sagt, dass ich einen starken Mann haben will.

**Philipp Jurschitz:** Der Ruf nach der Repräsentanz ist, so wie du zuerst gesagt hast, dass eigentlich kein Wunsch nach demokratischer Mitbestimmung besteht, die den Mitarbeitern zu viel Arbeit sein kann und deswegen kein Interesse daran besteht.

**Angelika Hörmann:** Und jedes Unternehmen hat seine eigene Unternehmenskultur. Ich glaube nicht, dass man das wirklich über einen Kamm scheren kann. Was du siehst sind die Rahmenbedingungen von außen und unter welchen Druck die Firmen arbeiten und unter welchen Möglichkeiten sie arbeiten. Aber im Prinzip hat jede Firma eine ganz ausgeprägte Unternehmenskultur und deswegen glaube ich nicht, dass man ganz pauschal für alle Firmen sagen kann, sie wollen keine demokratische Mitbestimmung. Wenn jetzt bei VW, sag ich jetzt mal so, einen Tag die Fertigungsstraße ausfällt, möchte ich nicht wissen, was da los wäre. Die Unternehmensgründer bestimmen immer welche Richtung vorgegeben wird und können Mitarbeiter einbeziehen oder nicht. Mir ist das immer ein sehr extremes Anliegen, die Leute miteinzubeziehen, in Entscheidungsprozesse in Nachdenkprozesse. Allein schon deswegen, weil in der Reflexion mit meinen Mitarbeitern irrsinnig viel Potential verborgen liegt und von gegenseitigen Nutzen ist, weil sich Mitarbeiter dann auch einbringen, weil es ihnen gefällt und von gegenseitigem Nutzen ist.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Philipp Jurschitz:** *Also ein Synergieeffekt mit gegenseitigem Nutzen?*

**Angelika Hörmann:** *Absolut!*

**Philipp Jurschitz:** *Hast du den Eindruck, dass der Einwand gegen Demokratisierung jener ist, dass bestimmte Bereiche sagen, bevor andere Bereiche nicht demokratisiert sind, werden wir uns auch nicht demokratisieren?*

**Angelika Hörmann:** Das habe ich nie beobachtet und ist mir nie untergekommen. Nein! Auf die Idee käme ich auch nicht (lacht). Wobei ich jetzt sagen muss, dass ich da nicht die richtige Ansprechpartnerin bin, weil ich als Unternehmensberaterin in zu kleinen Betrieben unterwegs bin. Dort funktioniert das alles ein wenig anders und unabhängig von anderen Abteilungen oder einem Zeitgeist, wo jeder seine demokratische Verständnis hat oder seine totalitäres Verständnis hat unabhängig von anderen.

**Philipp Jurschitz:** *Ok! Meine letzte Frage betrifft die Zukunft demokratischer Mitbestimmung. Wie sieht deiner Meinung nach die Zukunft demokratischer Mitbestimmung oder Partizipation, Mitbestimmung allgemein in Unternehmen aus?*

**Angelika Hörmann:** Entgegen allen anderen Meinungen glaube ich, dass es so was wie ein Revival geben wird, weil ich nicht glaube, dass Unternehmen so weiter fahren wollen, ob groß oder klein ist egal. Demokratisierung in Unternehmen ist, und unter der Prämisse verstehe ich Demokratie in Unternehmen, ein wesentlicher Teil für mein Wohlbefinden und für meine Leistung im Unternehmen ist.

**Philipp Jurschitz:** *Also durchaus positiv?*

**Angelika Hörmann:** Entweder bin ich blauäugig, oder... ich denk mir das einfach manchmal. Menschen wollen einfach wieder diese Gefühl, diese Identifikation, dieses Mitreden, dieses Mitschaftln, von mir aus auch in Firmen. Des geht natürlich auch in kleinen Firmen auch ein wenig leichter, weil man sich dort besser absprechen kann. Aber ich glaube grundsätzlich, dass die Sehnsucht danach besteht, sag ich mal so, ob das jetzt wirklich kommt, ist eine andere Sache, aber die Sehnsucht danach ist da, weil mir das gemeinsame Handeln und Entscheiden ein gewisses Gefühl von Geborgenheit vermittelt. Man weiß einfach, dass Leute die sich geborgen fühlen, die sich sicher fühlen in einem Gesamtkontext besser arbeiten. Der Wunsch ist durchaus da, nur in der konkreten Umsetzung wird es da schon dünner. Und genau das ist das Problem bei den Firmen. Wenn man sich Mitbestimmung als Mitarbeiter wünscht, dann stellt sich immer die Frage, wie das von mir aus, konkret bei den Haller Röhrenwerken, umgesetzt werden soll? Dann entsteht erst die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Das fällt mir immer wieder auf, wenn ich dann konkret nachfrage, wie sich das jemand etwas konkret vorstellt, jetzt rein auf der operativen Ebene, welche Ideen man gerne einbringen würde, welche Mittel man zu Verfügung hat, dann relativiert sich der Wunsch relativ schnell, weil das für den einzelnen Mitarbeiter auch Anstrengung bedeutet. Da muss man sich einfach engagieren. Mann kann dann nicht nach der Arbeit sofort Mountainbiken

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellers.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

gehen, sondern man muss sich dann hinsetzen und sich mit dem Thema befassen, um dann auch wirklich mitbestimmen zu können. Und ich geh jetzt nicht von arbeitsrechtlicher Mitbestimmung aus, sondern auch von wirtschaftlicher Mitbestimmung, also Linien, Visionen, Perspektiven und Möglichkeiten, mehr als das was gesetzlich vorgeschrieben ist.

*Philipp Jurschitz: Dann sag ich viel Dank für das Interview und danke für die Zeit, die du für mich geopfert hast.*

*Angelika Hörmann: Aber gerne doch!*

## 2. Experteninterview mit Dr. Peter Bußjäger, Landtagsdirektor von Vorarlberger und Institutsleiter des Institutes für Föderalismus in Innsbruck, am 16. 01. 2007.

*Philipp Jurschitz: Zuerst mal vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, mir im Rahmen meiner Diplomarbeit ein Interview zu geben. Ganz allgemein: Wie beurteilen Sie den österreichischen Föderalismus als solchen? Eher Bundesstaat oder eher ein Einheitsstaat?*

*Peter Bußjäger:* Das ist gar keine leichte Frage. Staatsrechtlich ist Österreich eindeutig ein Bundesstaat mit allen Institutionen und Merkmalen, fast allen, die ein Bundesstaat hat. Bekanntermaßen ist dieser Bundesstaat in der Praxis doch stark zentralistisch ausgeprägt. Aber ich würde da nicht einmal so sehr den Fokus darauf legen. Ich glaube, dass die Unterscheidung des Bundes- und Einheitsstaates eine staatsrechtliche Kategorisierung ist, die nicht mehr wirklich modern ist. Ich glaube, dass die Praxis eher von einem Verschwimmen dieser Unterscheidungen geprägt ist, und es handelt sich eher um eine Schublade, die die Staatsrechtler gebrauchen, um ein politisches System einzuordnen. Entscheidend ist, dass das letztlich praktisch gelebt wird. Und da muss man sagen ist Österreich – will nicht sagen zentralistisches, aber doch unitarisches System – heißt, dass bundesstaatliche Differenzierung nicht wirklich geschätzt wird. Wobei man sich dabei auch keinen Illusionen hingeben darf, auch im viel größeren Deutschland ist die Estimierung der Differenzierung nicht wirklich viel größer als bei uns. Jedenfalls wir leiden doch besonders stark darunter, dass Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, die sich aus der Bundesstaatlichkeit zwangsläufig einfach ergeben, nicht wirklich geschätzt wird. Jetzt aber noch mal auf Ihre Frage zurückkommend: Ja, nach allem Hin und Her würde ich natürlich schon sagen, dass Österreich ein föderales System ist mit starken Unitarisierungstendenzen.

*Philipp Jurschitz: Vergleicht man nun Österreich mit der Schweiz, dann müsst man aber sagen, dass es nicht notwendig wäre stärker Dezentralisierung und Differenzierung herbeizuführen, weil Österreich viel homogener ist und nicht von so vielen Landesvölkern wie in der Schweiz gesprochen werden kann.*

*Peter Bußjäger:* Gut, wobei Sie nicht übersehen dürfen, dass die Schweiz nicht nur aus drei Kantonen besteht sondern aus 26, deren Kleinteiligkeit auch nicht notwendig wäre. Der Umstand, dass die Bevölkerung an sich

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter  
Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

homogen ist, spricht an sich noch nicht gegen Föderalismus. Diese Homogenität findet sich schließlich auch in Deutschland genauso, bei natürlich auch gewissen mentalitätsbedingten Unterschieden. Dort findet sich ein Nord-Süd-Unterschied, bei uns halt einer zwischen dem Westen und dem Osten. Eine homogene Gesellschaft sind natürlich auch die Vereinigten Staaten und Kanada und das sind auch höchst lebendige föderale Staaten. An der Homogenität darf man das praktisch nicht aufhängen, nur wenn man also kleine, besonders inhomogene Gesellschaften hat, dann braucht man Rechtfertigungsgründe.

*Philipp Jurschitz: Nach diesen wollte ich sie gerade fragen!*

*Peter Bußjäger:* Ja. Föderalismus muss sich daher durch besondere Gründe rechtfertigen, was man in zweifacher Hinsicht machen kann. Erstens durch Demokratie, also seine demokratische Leistungsfähigkeit und zweitens durch die Effizienz. Zum Ersten ist es so, dass Föderalismus viel mehr Chancen zur demokratischen Partizipation bietet, als das ein einheitsstaatliches System zu leisten vermag und in zweiter Hinsicht kann ein föderales System auf neue Herausforderungen viel innovativer und anpassungsfähiger reagieren als ein einheitsstaatliches System.

*Philipp Jurschitz: Jetzt könnte man dem österreichischen System unterstellen, dass es massive Defizite gibt, vor allem was direkt demokratische Instrumente betrifft.*

*Peter Bußjäger:* Die Frage bezüglich direkter und indirekter Demokratie ist natürlich auch eine Glaubenssache. Man kann jetzt natürlich nicht sagen, dass das eine die echte Demokratie ist und das andere nicht. Man kann vielleicht sagen direkte Demokratie ist etwas ursprünglicher, aber ... ehm. Es gibt, ja,.... Wenn man Österreich jetzt wieder mit Deutschland vergleicht, findet man dort auch ähnlich wenig direkte Demokratie: auf der Bundesebene überhaupt keine und in den Ländern halt ein bisschen was. Bei uns ist es also ähnlich, den einzig wirklich greifbaren Vergleich hat man mit der Schweiz. Teilweise auch mit Italien, wo man auch viele Referenden findet und es ist auch ein relativ stark dezentralisiertes System. Ehm... also ich würde mich scheuen zu sagen, nur weil wir keine direkte Demokratie haben, ist das System defizitär. Ich glaube, man müsste sich stärker damit befassen, was direkte Demokratie leisten kann, und dann muss man sich dazu bekennen oder nicht. Ich glaube, dass ich das in der Festschrift vom Pernthaler geschrieben habe, dass die direkte Demokratie die Politik dazu zwingt, ihr Handeln viel stärker von der Bevölkerung zu legitimieren als die indirekte Demokratie. Jetzt wenden natürlich die Gegner sofort ein, dass direkte Demokratie für Populismus genutzt wird oder zu populistischer Vereinnahmung führt. Da erwidere ich ja und nein zugleich, also wenn Sie die Schweiz sehen, da funktioniert das an sich relativ gut.

*Philipp Jurschitz: Aufgrund der Mediengesetze?*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Peter Bußjäger:** Ich weiß es nicht! Vielleicht auch aufgrund der politischen Kultur und der Tatsache, dass man dort direkte Demokratie eingeübt hat sozusagen. Man darf auch eines nicht übersehen – deswegen steht die direkte Demokratie auch sehr häufig in der Kritik – sie wirkt eher bewahren und konservativ. Also Neuerungen auf direkt demokratischem Weg durchzuführen ist gar nicht so leicht, sie wirkt eher bremsend. Jetzt liegt es in der Natur eines föderalen Systems, dass es auch bremsend und gewaltenteilend wirkt und jetzt könnte man natürlich befürchten, dass man mit Föderalismus und direkter Demokratie gar nichts mehr funktioniert, was man auch ernst nehmen muss. Daher muss man sich sehr gut überlegen, wo man direkte Demokratie einsetzen kann und ich denke, dass das auf der Gemeindeebene sehr gut funktionieren würde. Und ich glaube, dass man auf der Gemeinde- und auf der Landesebene letztendlich die besseren Anwendungsfelder hat als auf der Bundesebene. Ich glaube, dass man in der Gemeinde recht gut darüber entschieden werden kann, was der Bürger auf der Gemeindeebene haben will und was nicht, und die Übersichtlichkeit aufgrund der Größe des Systems recht gut gegeben ist und besser ist als bei Entscheidungen auf Bundesebene. Was aber überhaupt nicht geht, das muss man auch klarstellen, ist mittels direkter Demokratie über die Rechte anderer entscheiden zu lassen. Die Abstimmung über zweisprachige Ortstafeln in Kärnten wäre ein absoluter Unsinn. Man kann eine Mehrheit nicht über eine Minderheit oder Minderheitsrechte entscheiden lassen. Man kann auch nicht das Volk drüber abstimmen lassen, ob die Türkei der EU beitrifft, das geht einfach nicht. Dazu ist direkte Demokratie nicht geeignet und das ist auch in der Literatur so anerkannt.

**Philipp Jurschitz:** Für was wäre sie dann ihrer Meinung nach besonders geeignet, jetzt mal abgesehen von der Ebene des Landes und der Gemeinde, wie Sie zuvor gerade gemeint haben?

**Peter Bußjäger:** Ich glaube schon, dass man Entscheidungen, die für die Identität des Staatswesens oder die für die Identität der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sind, also, dass so grundlegende Entscheidungen sehr wohl einer Abstimmung zugänglich gemacht werden sollen und können. Das heißt, man kann über eine Verfassung abstimmen, natürlich! Und ich glaube nicht, dass man den Bürgern 300 Artikel vorlesen muss. Es genügt, wenn man dem Volk klar macht, um was es geht. Ich hätte mir auch vorstellen können, über den europäischen Verfassungsvertrag eine Abstimmung machen zu können. Dazu sagen viele, dass das man das nicht dem Volk beibringen kann. Ich glaube aber sehr wohl, dass man das kann! Ich glaube schon, dass die Politik mitteilen kann, um was es geht, und was damit verbunden ist und was Vor- und Nachteile sind. Dazu muss ich nicht jeden Artikel auswendig können.

**Philipp Jurschitz:** Ich würde gerne später noch mal zur direkten Demokratie in der Gemeinde zurückkommen. Plebiszitäre Einrichtung auf Ebene des Bundes sind die Volksabstimmung, das Volksbegehren, die Volksbefragung, Demoskopie, Bürgerbeteiligung und Mitwirkung an Verwaltungsverfahren. Wie beurteilen Sie die einzelnen Verfahren hinsichtlich ihrer demokratischen Qualität: „Schein“ oder „Sein“?

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Peter Bußjäger:** Na ja, das Volksbegehren ist natürlich schon in der Form, wie es bei uns praktiziert wird, sehr wenig hilfreich. Man sieht auch an der Beteiligung, dass das Instrumentarium seinen Wert verloren hat. Wenn es nur dazu führt, dass sich das Parlament damit befassen muss, unabhängig davon, wie viele das Volksbegehren unterstützt haben, ist wenig hilfreich. Ich will damit sagen, dass man damit nicht weiterkommt. Sowohl die Volksbefragung und die Volksabstimmung halte ich für sehr gut einsetzbare Instrumentarien. Die Volksabstimmung ist geeignet über einen Gesetzesbeschluss abzustimmen. Die Volksbefragung, da muss man halt ein wenig vorsichtig sein, dass sie nichts Akklamatives hat, also dass die Politik etwas durchsetzen will und zu diesem Zweck ruft man das Volk an. Wenn man aber wirklich die Meinung des Volkes ergründen will, dann ist sie sehr gut.

**Philipp Jurschitz:** *Jetzt ist es natürlich so, dass in Tirol das Volk hier und da befragt wird und gelangt zu einem Ergebnis wie bei der Volksbefragung zum Bau eines Kraftwerkes im Zillertal, das nicht beachtet wird. Man richtet sich dann doch nicht nach dem Interesse des Volkes. Wo steckt dann der Sinn dahinter oder wie rechtfertigt man so was?*

**Peter Bußjäger:** Das ist ein generelles Problem, wenn die Politik etwas anderes macht als das Ergebnis der Volksbefragung war. Ich meine, rechtfertigen kann man es schon, ich meine, wenn es aus rechtlichen Gründen nicht anders geht, dann muss man es halt so machen, aber man sieht an dem Beispiel, dass es schwierig ist. Man muss also schon vorsichtig sein und gerade wenn man von einem Ergebnis der Volksbefragung abweichen will, dann braucht man letztlich gute Gründe und wenn man diese hat, dann warum nicht, oder? Die Politik ist dann letztendlich rechtlich verantwortlich.

**Philipp Jurschitz:** *Na gut, ich meine, wenn es rechtliche Probleme gibt, dann hätte man sich das vorher überlegen müssen. Wozu stimme ich dann noch ab? Eine Missachtung des Ergebnisses einer Volksbefragung, erhöht natürlich die Politikverdrossenheit.*

**Peter Bußjäger:** Das ist klar!

**Philipp Jurschitz:** *Und kann man dann in Österreich überhaupt von Demokratie in Reinform sprechen, wenn die Volksabstimmung nicht von „unten“ initiiert werden kann und einem Volksbegehren keine Volksabstimmung folgen muss und das ganze Instrumentarium noch dazu selten eingesetzt wird.*

**Peter Bußjäger:** Sagen wir so, es fehlt eine direktdemokratische Kultur, die Instrumente wären meiner Meinung nach schon da. Es gibt einige Landesverfassungen, in denen man mit einer bestimmten Zahl an Unterstützungen eine Volksabstimmung über Landesgesetz beantragen kann. Jetzt kommt es aber nicht so weit! Die Landeskompetenzen sind nicht so aufregend und deswegen, ja, wird sich wohl deswegen keiner engagieren, aber die Möglichkeiten wären da.

**Philipp Jurschitz:** *Sie reden jetzt von Vorarlberg?*

**Peter Bußjäger:** Ja, Vorarlberg, aber auch von anderen Bundesländern der Steiermark und in Oberösterreich, da gibt es schon Volksrechte, so ist es auch wieder nicht.

**Philipp Jurschitz:** *Hat der Bund das nicht als verfassungswidrig erklärt? Es war doch so, dass in Vorarlberg auf ein qualifiziertes Volksbegehren eine Volksabstimmung folgen musste.*

**Peter Bußjäger:** Ja, das hat aber nur die Volksgesetzgebung betroffen. Wenn der Landtag einem Volksbegehren nicht Rechnung tragen wollte, oder sagen wir so: Ein von einer bestimmten Zahl von Personen unterstütztem Volksbegehren war zwingend einer Volksabstimmung zu unterziehen und der Landtag war dann an das Ergebnis der Volksabstimmung gebunden. Und das hat der Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Aber gegen das sogenannte Vetoreferendum, gegen Gesetzesbeschlüsse des Landtages, gibt es noch keinen Hinweis, dass dieses verfassungswidrig ist.

**Philipp Jurschitz:** *OK! Das existiert also nach wie vor?*

**Peter Bußjäger:** Ja, Ja. Ich kann ihnen noch das Buch vom Dr. Willi mitgeben, der das näher beschrieben hat.

**Philipp Jurschitz:** *Also die Volksabstimmungen sind theoretisch in der Landesverfassung verankert, aber sie werden dennoch nicht genutzt? Wie erklärt sich so was?*

**Peter Bußjäger:** *Na ja, es erklärt sich aus dem politischen Establishment, welches kein Interesse daran hat und es fehlt an der direktdemokratischen Kultur, nicht an der demokratischen Kultur, wir sind in der direkten Demokratie nicht eingeübt. Die Leute wissen es aber nicht. Es wissen die Parteien nicht und niemand weiß es.*

**Philipp Jurschitz:** *Meine Idee wäre es nämlich, dass es einer der Wege zur Lösung der Politikverdrossenheit wäre, „oben“ und „unten“ besser zu verbinden, also das Interesse an der Gestaltung des eigenen Umfeldes und der Politik wieder herzustellen. Aber offensichtlich besteht hier...*

**Peter Bußjäger:** Man darf hier natürlich nicht übersehen, dass auch in der Schweiz, das werden Sie wohl wissen, die Beteiligung an Volksabstimmungen äußerst niedrig ist. Ob direkte Demokratie das geeignetste Instrument ist, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, ich weiß es nicht. Aber das werden die Politologen besser wissen!

**Philipp Jurschitz:** *Gut da scheiden sich die Geister. Ich denke da gibt es unterschiedliche Meinungen.*

**Peter Bußjäger:** Aber Sie haben schon Recht, es ist schade, es hat niemand ein Interesse daran, das zu thematisieren. Auch im Österreichkonvent bestand hinsichtlich direkter Demokratie geringes Interesse.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Philipp Jurschitz: Ich habe heute zufällig einen Artikel mit etwaigen Vorschlägen zur Ausgestaltung direkter Demokratie gefunden, aber daraus hat sich nicht viel ergeben. Jetzt noch mal zurück zur Landes- und Gemeindeebene: Dort finden sich direktdemokratische Instrumentarien nicht so homogen wieder. Wie unterscheiden sich die einzelnen Bundesländer konkret? Sie haben gesagt in Vorarlberg, in Oberösterreich, in der Steiermark, aber in Tirol ist die Volksabstimmung nicht möglich!*

*Peter Bußjäger: Nein!*

*Philipp Jurschitz: Tirol praktiziert, so weit ich weiß, nur die Volksbefragung!*

*Peter Bußjäger: Ja, wird sein.*

*Philipp Jurschitz: Sie wird zwar hier und da auf Gemeindeebene genutzt, es kommt aber hier und da vor, dass ein Ergebnis nicht berücksichtigt wird. Deswegen mein Verdacht, dass hinter eine Volksbefragung mehr die Intention steckt, einen bestimmten Kurs der Politik zu bestärken und wann das nicht der Fall ist.*

*Peter Bußjäger: Ja, ja, dann halt: Pech gehabt!*

*Philipp Jurschitz: Genau, dann wird der Kurs halt nicht bestärkt. Aber welches Bundesland ist Ihrer Meinung nach Musterschüler hinsichtlich direkter Demokratie?*

*Peter Bußjäger: Wie Sie sagen, es tut sich an sich in der Praxis wenig und deswegen kann man schlecht einen Musterschüler nennen, wenn die Instrumentarien da sind, aber nicht genutzt werden. Aber, wie gesagt, also, Vorarlberg ist sicher führend, die Steiermark steht gut da und Oberösterreich. Gut in einigen Gemeinden findet sich hier und da eine Volksabstimmung, das mag schon sein, aber viel mehr nicht.*

*Philipp Jurschitz: Aber in Tirol nicht?*

*Peter Bußjäger: Das weiß ich nicht, da bin ich mir nicht sicher!*

*Philipp Jurschitz: Sollen Ihrer Meinung nach die Landeskompetenzen ausgedehnt werden, so dass die Instrumente direkter Demokratie ausgebaut werden könnten und würde das was nützen?*

*Peter Bußjäger: Gut man kann aus föderalistischer Sicht.... Die Schranke, die der Verfassungsgerichtshof hinsichtlich der Volksgesetzgebung gezogen hat, gelockert wird, also dass man das was in Vorarlberg „rausgeputzt“ hat, wieder rückgängig gemacht wird. Aber die Regelung hat in der Praxis eh nie Anwendung gefunden. Also, ja... ob das in der Praxis was nützt, weiß ich nicht, weil man ohnedies die bestehenden Instrumente nicht ausnützt. Also ich glaube, vielleicht wäre es gut, dass man direkte Demokratie auf der Gemeindeebene stärkt, um alleine schon den Leuten die Lust an der Beteiligung macht.*

**Philipp Jurschitz:** *Also dass Standards eingeführt werden?*

**Peter Bußjäger:** **Genau!** Das müsste gefördert werden in diese Richtung, das wäre sicher gut.

**Philipp Jurschitz:** *Ich fände es irrsinnig interessant, dass man das auf der Gemeindeebene macht, weil dort der Raum so klein und unmittelbar wäre und sich für direkte Beteiligung, also Mitwirkung des Volkes, sei es direkte Demokratie oder Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung keine Anwendung findet.*

**Peter Bußjäger:** Man könnte sich durchaus ein Gemeindeentwicklungskonzept vorstellen. Warum sollte man so was nicht dem Volk vorlegen?

**Philipp Jurschitz:** *Haben Sie jetzt konkret irgendwas im Hinterkopf? Irgendwelche Mindeststandards?*

**Peter Bußjäger:** Nein eigentlich nicht, da gibt's eigentlich noch nichts.

**Philipp Jurschitz:** *Schade eigentlich. Na gut, Jetzt müsste ich eigentlich wieder zurückkommen zum Föderalismus: Ist Ihrer Meinung nach das Schwergewicht der Entscheidungskompetenzen auf Seiten des Bundes zulasten der Länder gerechtfertigt.*

**Peter Bußjäger:** Ein prinzipielles Übergewicht kann man durchaus rechtfertigen. Die Frage ist allerdings, ob es wirklich so weit gehen muss wie in Österreich? Sicher nicht! Aber hier kommt mir vor.... Nicht nur in der Gesetzgebung, vor allem auch in der Vollziehung ist der Bund unglaublich dominant. Ich würde schon meinen, dass man definitiv versuchen müsste den Erosionsprozess der Landesgesetzgebung zu stoppen. Und zweitens die Vollziehungskompetenz der Länder stärken. Ich glaube, diese beiden Punkte wären wichtig. Dass man in der Gesetzgebung in der Landesautonomie nicht mehr viel herausholt, das wird wohl so sein. Man wird dem Bund auch in vielen Belangen zugestehen müssen, dass er bundeseinheitliche Vorgaben macht, um EU-kompatibel zu sein. Aber das Ausmaß in dem der Bund auch bei der Gesetzgebung ins Detail geht das müsste man zurückbilden und generell was der Bund auch durch eigene Behörden besorgt, müsste eigentlich nicht sein und ist meines Erachtens auch nicht zielführend. Hier könnte man die Länder in die allgemeine staatliche Verwaltung einbinden.

**Philipp Jurschitz:** *Mit dem Ziel, den Bund zu entlasten?*

**Peter Bußjäger:** Ja! Man müsste den Bund von dieser operativen Tätigkeit entlasten und ihn stärker auf die Strategie zurückzudrängen, durch die Einbindung dieser Forderverwaltungen des Bundes in den Ländern – in die Landesverwaltungen – Synergien und Einsparungen zu erzeugen.

**Philipp Jurschitz:** *Das hätte durchaus auch einen pragmatischen Sinn? Warum baut man dann die Mitbestimmungsrechte und Bewirkungsrechte der Länder und Gemeinden nicht aus? Woran hapert es da? Geht es da um Machterhalt?*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Peter Bußjäger:* Ja, natürlich, es geht um Macht, aber es geht auch darum, dass die Länder oft an der Verantwortung nicht interessiert sind und es fehlt letztlich am medialen Druck. Wir haben in Österreich ein stark zentralisiertes Mediensystem. Es gibt nur wenige Qualitätszeitungen, nur eine im Grunde, die Salzburger Nachrichten. Auch auf der höheren Qualitätsebene der Leser findet man eine starke Zentralisierungstendenz. Das zentralisierte Mediensystem bewirkt auch, dass föderale Aspekte nicht wirklich wahrgenommen werden. Und es fehlt daher auch an Druck auf den Bund, von seiner Kompetenzgier und von dem Glauben alles müsse einheitlich geregelt sein und sei dann auch am besten geregelt, Abstand zu nehmen. Dazu kommt dann noch ein allgemeines Empfinden, dass Einheitlichkeit eh besser sind als Unterschiede, siehe Sozialhilfe, und das ist dann natürlich... das verhindert den Druck auf die Zentralisierung des Staatsapparates entsteht. Die Länder wollen zum Teil auch aus sehr nachvollziehbaren Gründen keine Verantwortung übernehmen, weil sie dann befürchten, vom Bund mit Aufgaben belastet zu werden, die sie ohne entsprechende finanzielle Abgeltung machen müssten. Dazu kommen noch nicht zu unterschätzende Beharrungskräfte in der Verwaltung, die lieber auch alles so haben wollen, wie es ist.

*Philipp Jurschitz:* Nach dem Motto: *Das ist nicht so, das war nie so und das wird auch nie so sein?*

*Peter Bußjäger:* Richtig!

*Philipp Jurschitz:* *Ich habe aber schon das Gefühl, dass manche Landeshauptleute, mir fallen dazu zwei ein, ohne jetzt Namen zu nennen, mehr Macht nach unten ziehen würden, vor allem wenn es um den Ortstafelstreit oder um die Lösung des Transitproblems geht.*

*Peter Bußjäger:* Ja, aber Föderalismus bedeutet letztlich nicht Macht eines Einzelnen, sondern Föderalismus bedeutet Gestaltungsfähigkeit auf der unteren Ebene, ohne dass die obere Ebene eingreifen kann. Gut im einen Fall kann man es sicher als Machtsreben bewerten und im andern Fall hätte das Land mehr Mitsprache in einem Sektor, der das Land sehr unmittelbar betrifft, noch viel stärker betrifft als andere Länder. Daran sieht man schon das Problem, bzw. den Sachverhalt, dass man in Österreich stark unterschiedliche Strukturen hat. Und die müssen aber auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, was sehr häufig nicht gelingt. Wenn die Landeshauptleute einig sind, dann sind sie gegenüber dem Bund sehr machtvoll, wenn es dem Bund gelingt, eine „Bresche“ hineinzuschlagen, dann sind sie sehr bald machtlos.

*Philipp Jurschitz:* *Das hat der Bund dann mehr oder weniger immer geschafft?*

*Peter Bußjäger:* Ja, sehr oft sogar! Man erinnere sich an die Fusionierung des OMV-Verbundes, wo es die Landeshauptleute geschafft haben, gegen die Fusionierung zu opponieren, weil sie einheitlich aufgetreten sind. Sobald aber ein wichtiger Mann ausscheidet, der Pröll oder wer auch immer, dann ist es vorbei mit der Macht der Länder.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Philipp Jurschitz: Was würden Sie hinsichtlich bestehender Schwächen des österreichischen Föderalismus ändern? Oder gibt es bereits irgendwelche Reformbestrebungen die man unbedingt angehen sollte?*

*Peter Bußjäger:* Ich glaube, man müsste den Bundesrat angehen. Ich glaube, dass das Gremium in der Form, in der es existiert, den Leuten nicht wirklich verkaufbar ist. Also man müsste diesen wirklich aufwerten, in dem man Vetorechte einführt, die die Länder betreffen und man müsste letztlich eine Kompetenzreform versuchen, wo man bei den Ländern wichtige Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge und der die Gestaltung des naturräumlichen Umfeldes der Länder ansiedelt. Man müsste also die bestehenden Kernkompetenzen der Länder stärken. Mit anderen Worten, die Raumordnung, die eh schon Länderkompetenz ist, den Naturschutz, den Bereich des Sozialen (Jugendfürsorge, Sozialhilfe, Pflege und Jugendschutz) das müssen Länderkompetenzen bleiben und sein. In diesen Bereichen wären die Länderkompetenzen meines Erachtens auszubauen. Aber auch die Krankenfürsorge fällt mir noch ein, ohne aber von oben Finanzierungsanreize geschaffen werden, die zu einem kostensparenden Verhalten führen.

*Philipp Jurschitz: Hat Tirol nicht ein schärferes Tierschutzgesetz?*

*Peter Bußjäger:* Ja, ja, gehabt! Durch Zentralisierungstendenzen wurde das aufgehoben.

*Philipp Jurschitz: Könnte die Idee sein, mehr Wettbewerb innerhalb der Länder zu schaffen?*

*Peter Bußjäger:* Ja!

*Philipp Jurschitz: Gibt es hinsichtlich der Extensivierung der Länderkompetenzen irgendwelche Bestrebungen?*

*Peter Bußjäger:* Ich sehe sie nicht wirklich! Auch im Österreichkonvent ist man da nicht weit gekommen. Im Regierungsübereinkommen wird das sehr vage angesprochen, aber die Tendenz geht eher noch in die andere Richtung.

*Philipp Jurschitz: Ich danke Ihnen für das Interview!*

*Peter Bußjäger: Gerne!* Ich kann Ihnen noch einiges an Literatur mitgeben.

### 3. Experteninterview, Herwig van Staa, Landeshauptmann von Tirol, am 03.03. 2006

*Philipp Jurschitz: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann. Vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, mir sehr kurzfristig im Rahmen meiner Diplomarbeit ein Interview zu geben.*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Herwig van Staa:* Kein Problem!

*Philipp Jurschitz:* Ich schreibe über den österreichischen Föderalismus und direkte Demokratie auf Landes- und Gemeindeebene und habe dementsprechend dazu Fragen.

*Herwig van Staa:* OK!

*Philipp Jurschitz:* Ganz allgemein: Wie würden Sie den österreichischen Föderalismus als solchen bewerten? Eher als Bundesstaat oder als Einheitsstaat?

*Herwig van Staa:* Na ja, wir sind ein Bundesstaat. Wir haben ja gesetzgebende Bundesländer, im Verhältnis zum Föderalismus zur Bundesrepublik Deutschland, auch aufgrund der Größenverhältnisse sind die Kompetenzen natürlich unterschiedlich zu gewichten. In dem Verhältnis ist natürlich die Bundesrepublik ein viel föderalerer Staat und wir haben natürlich durch die Doppelfunktion der Landeshauptleute, einerseits als Regierungschefs, andererseits in der mittelbaren Bundesverwaltung als Vertreter des Bundes im Land eine Zwitterstellung. Sonst sind wir aber sicherlich föderaler als Italien. Italien ist noch ein Zentralstaat. Noch viel krasser findet sich das im Vereinigten Königreich, wo die Regionalisierung durch ein Parlament in Schottland oder Wales oder Nordirland nicht darüber hinwegtäuschen können, dass es dort um Minderheitenautonomien geht und um die Gewährung dieser Autonomien auf die Sezessionsbestrebungen dieser Landesteile zurückzuführen sind. In Spanien ist man auf dem Weg zu einem echten Regionalismus, sehr stark, und dort haben die... allerdings in Katalanien auch aufgrund von ethnischen Minderheiten und ich behaupte, eigenen Nationalitäten und insbesondere im Baskenland, natürlich Kompetenzen, die weit über die österreichischen Kompetenzen von Bundesländern hinausgehen, und auch in Italien mit den Sonderautonomiestatuten von Südtirol, dem Trentino, dem Aostertal, Sardinien und Sizilien. Und diese Dinge sind eben, ich glaube, man muss hier immer unterscheiden zwischen Autonomieregelungen, autonomen Regionen oder Provinzen in Europa, die Gesetzgebungsbefugnisse haben die mit Minderheitenrechten zusammenhängen. Da gibt es also das Große Standardwerk, von *Pernthaler* herausgegeben, das in drei Bänden vorliegt. Das ist sicher eine wichtige Quelle. Auf der anderen Seite gibt es den Regionalismus, man muss also unterscheiden zwischen Regionalismus und Föderalismus in Zentralstaaten, wobei Frankreich ein ganz besonderer Zentralstaat ist, wo ja nicht einmal die Charta der lokalen Selbstverwaltung ratifiziert wurde. Und dann gibt es europäische Bestrebungen der Charta einer regionalen Selbstverwaltung zu implementieren, insbesondere im Kongress – wo ich ja Präsident war – der Gemeinden und Regionen wo ich Präsident war. Und dort haben wir das Problem, dass sich bestimmte Staaten, wie Frankreich, aber auch manche nordischen Länder sehr quer legen, weil sie...., weil sie hier zwar verbal sehr häufig von Regionen und Departements sprechen und so den Eindruck erwecken, sie wären regionalisiert aber in Wirklichkeit nicht diese Regionalisierung besitzen.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellerverlag.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Philipp Jurschitz: Also verglichen jetzt mit diesen größeren Staaten wie Italien und Frankreich und dem Vereinigten Königreich besitzen wir einen ausgeprägteren Föderalismus. Verglichen mit der Schweiz?*

*Herwig van Staa:* Ja, das würde ich als einen beginnenden Regionalismus sehen. Dann gibt's die echten föderalen Staaten sind die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Österreich. Wobei die Bundesrepublik und Österreich innerhalb der Europäischen Union sind und die Schweiz außerhalb der Europäischen Union. Und da muss man sich halt anschauen, wie schaut es aus in Russland? Russland ist ein Spezifikum als russische Föderation.

*Philipp Jurschitz: Jetzt geht man davon aus, dass bezüglich der Entscheidungskompetenzen ein Schwergewicht auf Seiten des Bundes liegt.*

*Herwig van Staa:* Ja, das ist so!

*Philipp Jurschitz: Ist das ihrer Meinung nach gerechtfertigt?*

*Herwig van Staa:* Na ja, gerechtfertigt? Gerechtfertigt ist alles, was eine verfassungsmäßige Mehrheit hat. Wünschen würde man sich in manchen Bereichen eine Bereinigung der Kompetenzen. Nur dann scheitert diese echte Bereinigung im Sinne eines verstärkten Föderalismus an der Zuweisung der Finanzmittel seitens des Bundes und auch am bürokratischen Widerstand von ministeriellen Behörden, der Ministerialbürokratie, weil die ja dann Kompetenzen und Personal verlieren. So könnte ich mir vorstellen, dass man mit Ausnahme der, um ein konkretes Beispiel zu nennen, mit Ausnahme der Lehrpläne z.B. das gesamte Schulwesen hinsichtlich der Lehrpläne und der Gebäudeerrichtung, hinsichtlich der Schülerzahlen und hinsichtlich der Organisation und wiederum, der Gliederung von Gesamtschule oder Tagesschule den Ländern zu überlassen. Wenn der Bund bereit wäre, für alle Bundesländer entsprechend der Bevölkerungs- und Kinderzahl und auch der Flächengröße des Landes gewichtend, den Ländern das Geld zuweisen würde, das auch entsprechend rechtlich absichert, dass wir das Geld bekommen, würde ich meinen, dass man solche Kompetenz mit Hilfe des Bundes einheitlich löst und den Ländern überträgt. Oder ein weiterer Bereich wäre, was allerdings auf massiven Widerstand des österreichischen Gemeindebundes stößt, wäre die Verlängerung aller Gemeindekompetenzen auch einschließlich des Gemeindefinanzausgleiches, das den Ländern zu übertragen. Das wären aus meiner Sicht echte föderale und umsetzbare und durchsetzbare Rechtsgebiete.

*Philipp Jurschitz: Gibt es jetzt spezielle Bereiche die Sie in die Länder verlagern würden?*

*Herwig van Staa:* Ja, den Gemeindefinanzausgleich und die Zuständigkeiten für die Schulen ausgenommen der Lehrpläne und des Prüfungswesens, weil hier braucht es eine österreichweite Kontinuitäts- und Qualitätssicherung und die kann nur bundeseinheitlich festgelegt werden.

*Philipp Jurschitz: Und das ist sozusagen ein Hauptkonfliktpunkt zwischen Bund und Land, wie die Kompetenzen verteilt werden?*

*Herwig van Staa:* Die Ausgestaltung der Länderkammer, so wie heute der Bundesrat zusammengesetzt ist, ist der Bundesrat kein Instrument des Föderalismus, sondern der gehört abgeschafft, so wie er jetzt ist, weil er nur eine Kostenstelle ist, aber politische ohne Relevanz besteht und die Kosten dort nun prolongiert, wenn es im Parlament eine Mehrheit gibt und der Bundesrat ein Einspruchsrecht, verzögert er dies und bringt nur Kosten mit sich. Da wäre es besser, man würde eine zweite Kammer bilden, bestehend aus meinerseits den der Landtagspräsidenten damit es eine parteipolitische Mehrgliedrigkeit gibt, ein Minderheitenrecht für Vertreter der Opposition, die zumindest im Landtag vertreten sind, damit die auch im Bundesrat auftreten können. Das Einspruchsrecht, dem Bundesrat ein Vetorecht gibt und zwar nicht nur ein aufschiebendes, in Fragen des Finanzausgleiches und in Fragen der Stabilitätspaktes, damit Probleme mit einem Einspruch des Bundesrates gelöst werden kann. Und die Landeshauptleutekonferenz könnte ein Ausschuss sein des Bundesrates, so dass die Landeshauptleute ebenfalls im Bundesrat vertreten sind, jetzt können sie ja das Rederecht nützen, dort müssten sie ein Beschlussrecht haben. Und die Landeshauptleute müssen sich, ausgenommen ganz weniger Punkte, ein Vertretungsrecht geben, dass man dort jemand schickt, dann gibt es ein imperatives Mandat und dort könnte man sicher innerhalb des Ausschusses der Landeshauptleute oder der Landeshauptleutekonferenz im Rahmen des Bundesrates etwas bewegen. Jetzt gibt es ein Einstimmigkeitsprinzip, dort muss man Verfassungsbestimmungen, wo Einstimmigkeit notwendig ist oder nicht, das heißt Kompetenzen wo einzelne Bundesländer nicht überstimmt werden können. Das würde die Kosten senken, weil damit gleichzeitig, die Amtsträger im Bundesrat sind, wäre auf der anderen Seite... Das wären einmal drei Bereiche, die relativ leicht lösbar wären, wenn die Finanzfrage geklärt ist und so gäbe es noch eine Menge anderer Punkte, die man auf diese Weise lösen könnte.

*Philipp Jurschitz: Woran scheitert es da immer? Geht es da nicht immer darum, dass.....?*

*Herwig van Staa:* Einerseits am Geld, weil der Bund sagt, wenn ich schon bezahle, dann will ich auch selbst bestimmen und andererseits geht es da auch um unterschiedliche Interessenslagen, wo die Länder meinen, man nimmt uns etwas weg und gibt uns nichts Adäquates. Dagegen könnte ich mir vorstellen, dass wir eine einheitliche Bauordnung haben in Österreich. Ich sehe nicht ein, dass wir neun Bauordnungen haben.

*Philipp Jurschitz: Mein anderer Teil, mit dem ich mich befasst habe, ist die plebiszitäre (direkte) Demokratie in Österreich. An sich findet man in Österreich die Volksabstimmung, das Volksbegehren, die Volksbefragung, die Demoskopie und die Bürgerbeteiligungen und wenn man so will auch die Mitwirkung an Verwaltungsverfahren. Jetzt findet man solche Instrumente nicht homogen auf den Landesebenen wieder bzw. es gibt sie zwar, aber man verwendet sie nicht.*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Herwig van Staa:* Das ist insgesamt ein sehr schwieriges Gebiet. Volksbefragungen sind immer Instrumente, in der Regel die NGOs oder Bürgerinitiativen hervorrufen. Volksabstimmungen sind Instrumente, die in der Schweiz sehr ausgebildet und ausgeprägt sind, aber bei uns durch eine Tradition des politischen Systems, das so wenig bewusst ist, dass wenn bei Wahlen fast schon keiner hingehet, dann gehen dort noch wenige Leute hin. Und dann entscheiden oft Minderheiten und wenn man die Abstimmung noch ein Quorum von mindestens 50% bindet, dann sind alle Abstimmungen irrelevant. Volksbefragungen sind wiederum nicht verbindlich. Ich muss sagen, dass Volksabstimmungen nicht durchgeführt werden können über Bereiche, über die es bereits privatrechtliche Verträge gibt und, und und... Es wird dann alles so kompliziert.... Ich bin der Meinung, Bürger können eh wählen, was jemand in einem Wahlprogramm genaue Punkte drinnen hat und diese umsetzt, dann soll man sich dort etwas mäßigen in der Verhinderung von solcher Vorhaben. Das ist alles sehr schwierig. Einerseits hat die Erleichterung des Zuganges zu plebiszitären Elementen einen gewissen Reiz. Auf der anderen Seite würde es wenn der Zugang erleichtert wäre, zu umso mehr Politikverdrossenheit führen, weil jene Leute, die für eine Initiative sind sich dann nicht durchsetzen, die wollen das dann ja nicht zur Kenntnis nehmen. Also, ich sehe dort ein großes Problem, das sehe ich auch in der Bewusstseinslage der Bevölkerung!

*Philipp Jurschitz:* Genau, wir haben keine direkt demokratische Kultur.

*Herwig van Staa:* Das ist das Hauptproblem, das Fehlen der Tradition, die mit der Kultur zusammenhängt. Das ist das wahre Problem. In der Schweiz funktioniert das etwas anders, aber dort hat man schon Probleme, dass zu manchen Abstimmungen keine Leute mehr hingehen.

*Philipp Jurschitz:* Gibt es in Tirol irgendwelche Bestrebungen direkt demokratische Instrumente auszubauen?

*Herwig van Staa:* (verneint kopfschüttelnd) Zurzeit sehe ich kein großes Verlangen. Man nützt ja die bestehenden Instrumente nicht, oder kaum. Meistens werden auf Gemeindeebene große Anstrengungen gemacht, eine Volksabstimmung zu machen, die aber dann in der Regel nicht durchgeführt werden. Dann gibt es bei uns immer wieder das Verlangen von Seiten der Opposition, die lokale Bevölkerung einzubinden. Die Grünen sagen, dass man jeweils die lokale Bevölkerung entscheiden lassen muss. Man sagt also oft, dass man lokale Maßnahmen machen muss. Bei Gletschererschließungen sagen die Grünen aber wieder: „Nein, nicht die lokale Bevölkerung“, wie im Pitztal, weil dort ist die Mehrheit der Bevölkerung dafür. Oder in Matrei in Osttirol zur Befragungen hinsichtlich eines Kraftwerkbaus schlägt die Opposition vor, eine Volksabstimmung in der Gemeinde zu machen. Da sind sie wieder dafür, weil landesweit würde eine große Mehrheit für den Ausbau der Wasserkraft eintreten. Da sind die Grünen für lokale Abstimmungen. Beim Gletscher ist eine Mehrheit der Tiroler Bevölkerung dagegen, aber die lokale Bevölkerung dafür, da waren sie nie für eine bindende Volksabstimmung auf lokaler Ebene. Das ist ein klassisches Beispiel, dass manchen hier der Opportunismus näher ist, von dem meine eigene Partei genauso wenig gefeilt ist wie eine Opposition, um jetzt hier keine Missverständnisse aufzubringen

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Philipp Jurschitz:** Jetzt ist mir aufgefallen, dass es auf Gemeindeebene öfters mal Volksbefragungen gibt, auch in Innsbruck. Die Frage ist nun, warum man anstelle einer Volksbefragung nicht gleich eine Volksabstimmung macht? Weil hier und da erlebt man es, dass wie im Zillertal bezüglich des Kraftwerkbaus eine Volksbefragung gemacht wurde, die Bevölkerung hat sich dagegen ausgesprochen und das Kraftwerk wurde trotzdem gebaut.

**Herwig van Staa:** Die verpolitisierten Volksbefragungen, Volksabstimmungen führen zu einem hohen Grad zu einer Politisierung, ohne und zwar von Minderheiten häufig, und führen zu oft Nicht-Entscheidungen. Es ist leichter im Land, etwas zu verhindern, als etwas durchzusetzen. Und die Verhinderung, wenn ich ein Beispiel nennen: 20 Jahre wurde in Tirol eine zukunftsweisende Müll-Lösung in Tirol verhindert, durch eine Blockade – einerseits durch die politischen Parteien – sowohl auf Landesebene wie auf kommunaler Ebenen. Der damalige Bürgermeister Gschwentner aus Kundl war für die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage. Die Grüne Opposition war gegen jede Verbrennungsanlage. Dann hat sich alles aufgeweicht, weil das Stand der Technik war, man hat festgestellt, dass die Emissionen im Verhältnis zu anderen Emitäten verschwindend ist, dass man bei großen Verbrennungsanlagen die Emissionen viel besser im Griff hat, wie bei einem kleinen Prozentsatz an Einzelfeuerungen, die viel mehr die Luft belasten. In der Folge kam dann die Welle der Biomasseheizungen, dort hat man plötzlich gesagt: „Jawohl, Biomasse!“ Da war man dafür, weil, wo Bio draufsteht, geht alles leichter. Dann kam, so sehr ich das unterstütze, die Diskussion um die Müllverbrennung. Der Gschwentner war dafür in Kundl und die ÖVP war dagegen. In der Folge hat der Bürgermeister von Wörgl, einer von der ÖVP gesagt: „Ja, bitte, dann diskutieren wir das bei uns!“ Mit dem Ergebnis, dass dann gesagt worden ist: nein, machen wir nicht!“

**Philipp Jurschitz:** Sie würden sagen, dass direkte Demokratie zu Instrumentalisierung der Politik führt und Sie würden auch nicht sagen, dass man Mindeststandards in Gemeinden einführen soll?

**Herwig van Staa:** Man kann es eh machen. Nur meistens werden ja Volksbefr... eh abstimmungen durchgeführt oder versucht Volksabstimmungen durchgeführt, über entschiedene Sachen. Man will dann eine Volksabstimmung und die Bevölkerung kann nicht unterscheiden zwischen einer Volksbefragung und einer Volksabstimmung. Das sind die großen Probleme: Volksbefragungen sind nicht bindend, Volksabstimmungen kann ich aber nicht zu jeden Thema durchführen. Dort wo es bereits zivilrechtliche Verträge gibt, wie z.B. es wurde gefordert von der Opposition im Innsbrucker Gemeinderat, eine Volksabstimmung über die Hungerburgbahn. Bitte, ich kann ja den Leuten gar nicht mehr sagen, dass das rechtlich gar nicht mehr gegangen wäre, weil es zivilrechtliche Verträge gegeben hat und, weil ja alle dafür... eine Dreiviertelmehrheit im Gemeinderat dafür war. Da hat man mit Investoren Verträge geschlossen und plötzlich haben zum Teil die gleichen Leute, die zuerst dafür waren, geschrien: „Und jetzt muss eine Volksabstimmung her!“ Sehr wohl wissend, dass eine Volksabstimmung nix machen kann. Wenn ich heute eine Volksabstimmung in Österreich mache, über den Ausstieg aus dem Eurofighter, da gibt es wohl eine große Mehrheit. Aber bitte rechtlich ist das kaum durchzuführen. Und das kann die Bevölkerung nicht nachvollziehen. Wir haben eine repräsentative

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

Demokratie, für die die Politik die Verantwortung übernehmen muss, und die müssen nach besten Wissen und Gewissen handeln, sonst bekommen sie beim nächsten Mal die Quittung. Und alles andere, Volksbefragungen und Volksabstimmungen sollen nicht Instrumente der Politik sein, sondern sind Instrumente der Bevölkerung. Die müssen dann schauen, jawohl wir bringen so und so viel Leute zusammen, wir wollen jetzt eine Volksbefragung machen und eine Volksabstimmung und dann wird die Politik ihnen sagen, ob da rechtlich überhaupt eine Volksabstimmung dazu zulässig ist oder nicht.

*Philipp Jurschitz: Ehm, wenn sich jetzt eine Volksabstimmung oder Volksbefragung ergeben würde und diese rechtlich nicht möglich wäre, dann kommt man ja schließlich in Teufels Küche. Was ist dann der Sinn des Ganzen?*

*Herwig van Staa:* Ja, da kann man keine durchführen, dann muss die Politik sagen, oder die Verwaltung sagen: „Bitte das ist nicht möglich, dazu darf man keine Abstimmung machen.“ Wir haben ja das Problem, dass von der Politik unabhängige Instanzen langsam sehr vieles an Entscheidungen blockieren, wofür die Bevölkerung wiederum kein Verständnis hat. Wenn ich an die unabhängigen Verwaltungssenate denke, die jede Vergabe zu prüfen haben, wo jeder sich hinwenden kann, und inzwischen kann keine Vergabe stattfinden. Wenn ich daran denke, wie lange das gedauert hat, mit der Errichtung des Klagenfurter Stadiums. Und dafür haben sehr viele von den Bürgern auch wiederum kein Verständnis. Die Demokratie ist schwierig, aber es gibt kein besseres Instrument. Die Kontrollen werden immer... wenn irgendwo was passiert, dann schreit man nach verstärkter Rechtskontrolle. Wir haben eine Verwaltung, die aufgrund des Legalitätsprinzips an die Gesetze und die Verordnungen gebunden ist. Die Politiker haben ein Weisungsrecht in vielen Fällen an den Beamten, aber sie müssen jederzeit... sie werden kontrolliert vom den Landtagen. Und als wesentliches Instrument der Landtage gibt es in Finanzdingen die Rechnungshofkontrolle. Daneben gibt es mittlerweile eine Fülle, in manchen Bereichen weisungsfrei gestellten Institutionen, und dort wird es, wenn jetzt die unabhängige Verwaltungssenat oder wenn es da die Verwaltungsgerichte gibt, wird das Ganze alles sehr sehr kompliziert. Und daneben gibt es die ganzen Anwälte, den Volksanwalt, den Jugendanwalt, den Kinderanwalt, Umweltsanwalt, Patientenanwalt, Heimanwalt, Tierschutzanwalt und und und... Und das ist etwas, was letztlich auch eine Art der Kontrolle ist. Man weiß ja nicht, wen die alle kontrollieren. Umweltsanwalt als Parteienvertreter für die Umwelt, das sehe ich ein. Aber sonst müssen sich, haben wir ja Gerichte, die darüber befinden, dass die Verwaltung sich an die Gesetze hält. Nämlich die Instanzen sind ja an den Verwaltungsgerichts hoff... und dann noch den Verfassungsgerichtshof. Das kostet ja letztendlich alles viel Geld und jeder schreit nach Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau und in Wirklichkeit, wenn irgendwo ein Problem auftaucht, schreit man nach Einführung einer weiteren Kontrolle. Und vor lauter Kontrollen und Kontrollen und Kontrollen wird's bald niemanden geben, der irgendwas zu verantworten hat.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Philipp Jurschitz: Und die Idee, dass man den Inhalt der Volksabstimmung über Gesetzgebungsbeschlüsse hinaus ausdehnt, d.h., dass eine Volksabstimmung in Tirol auf Landesebene implementiert werden kann?*

*Herwig van Staa: Das ist ein Verfassungsproblem! Das geht in mühselige Verhandlungen! Wir haben ein sehr ausgeklügeltes implementiertes und auch kostenaufwendiges System, wenn die Kompetenzlage nicht eindeutig ist vor allem bei Kompetenzen zwischen Land und Bund.*

*Philipp Jurschitz: OK! Eine abschließende Frage noch, dann bin ich eh schon fertig. Woran hapert es, dass man direktdemokratische Mindeststandards nicht eingeführt hat? Wird das von der Bevölkerung nicht gewünscht einerseits oder wird das von der Politik nicht gewünscht andererseits oder weil sie zu teuer ist, gibt es rechtliche Schranken oder ist das ein institutionelles Problem?*

*Herwig van Staa: Ich glaube, es ist insgesamt auch ein Problem der politischen Kultur und der politischen Bildung. Dass sich das eine Minderheit wünscht, dafür habe ich Verständnis, aber wenn das bindet an eine Mindestteilnahme der Bevölkerung, angenommen 50% müssten an eine Volksbefragung oder einer Volksabstimmung teilnehmen, dann müsste die mehr als die Hälfte dafür stimmen. Ich bin überzeugt, der Großteil der Volksabstimmungen... puh... wird nicht anerkannt als Abstimmungsmodus.*

*Philipp Jurschitz: Und kann es sein, dass das Interesse an Abstimmungen der Bevölkerung nicht vorhanden ist, weil solche Instrumente nicht angeboten werden?*

*Herwig van Staa: Nein! Man sieht ja, dass bei Wahlen, die Leute ja wählen können. Wir haben bei Kommunalwahlen zum Teil eine Beteiligung von 50%, in Deutschland deutlich unter 50%. Wir haben bei Landtagswahlen teilweise eine höhere Beteiligung und dann wieder eine sehr niedrige Beteiligung. Ich muss sagen, alles was die Menschen haben, finden sie als selbstverständlich. Wenn sie um die Demokratie kämpfen würden, dann würden viel mehr Leute zur Wahl gehen. Und wenn sie die Möglichkeit haben abzustimmen, das hat man gesehen bei der letzten Nationalratswahl, wo es wirklich um vieles gegangen ist, um die Positionierung, sind sehr viele Leute nicht zur Wahl gegangen. Die größte Gruppe waren die Nichtwähler.*

*Philipp Jurschitz: Ja, schade eigentlich, wenn die Bevölkerung immer politikverdrossener wird!*

*Herwig van Staa: Das ist keine Politikverdrossenheit! Das ist das Bewusstsein, der Leute... im Wesentlichen sind die Leute zufrieden. Das ist ein Ausdruck der Zufriedenheit, nicht der Ohnmacht! Das ist sowieso, nutzt eh nix.... Ein halbes % hätte eine andere politische Wende ergeben oder ein Bestehen der bisherigen politischen Situation. Aber das Problem war einfach, dass kein Bewusstsein... dass die Leute meinen, alles was sie haben auch in wirtschaftlicher Hinsicht, die meinen, es bleibt eh so. Das ist nicht gefährdet und gehen dann, und wählen dann die, die ihnen am meisten versprechen. Ohne zu schauen, ja bitte kann man sich das überhaupt leisten*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

usw. das ist ein Demokratieproblem. In der Regel werden immer erst politische Parteien immer häufiger abgelöst durch neuerdings, weil die anderen mehr versprechen und den Leuten.... Wenige Leute gehen dann zur Wahl und sind dann über Wahlausgänge überrascht, weil an und für sich es ein Trend ist, in Staaten wo es den Menschen sehr gut geht.

*Philipp Jurschitz: Und die Möglichkeit, dass die Politikverdrossenheit besteht, weil eben zwischen Wahlversprechen und den tatsächlich umgesetzten „Wahlversprechen“ wenig Zusammenhang besteht, kann das auch sein?*

*Herwig van Staa:* Die Leute, glaube ich... es kann alles sein! Ich glaube, das Desinteresse liegt an der Kompliziertheit der Systeme und weil es zu wenig politische und staatsbürgerliche Bildung gibt. Man kann nicht sagen, die Schulen haben die Schuld, die Schulen haben. Die Schule kann nicht alles machen. Es liegt auch eine Holschuld von Seiten der Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich interessieren und dass sie sich anstrengen, aber es sind ja oft, wann man Umfragen macht: Was sind die dringendsten politischen Probleme? In Tirol, wenn heftig debattiert wird über den Transit, ist es der Transit. Wenn wir eine hohe Arbeitslosigkeit haben, dann steht an erster Stelle die Arbeitsplatzsicherung. Gesundheit hat immer einen hohen Stellenwert. Die Bildung! Die Bildung? Nie einen besonderen! Warum? Weil allen der Zugang zur Bildung in Wirklichkeit für jedermann gegeben ist. Wenn man fragt ist Bildung wichtig, sehr wichtig, weniger wichtig, unwichtig? Da sagen schon alle sie ist sehr wichtig. Wenn ich aber sage was sind die wichtigsten Problem? Verkehrsprobleme? Sind sie für einen Ausbau der Schiene? „Ja!“ wann du sagst: „Sind Sie für den Brennerbasistunnel?“ „Naja, kann ich nicht beurteilen.“ Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsentwicklung? Weit hinten dran! Weil die Menschen nicht einmal die Zusammenhänge sehen, dass die Arbeitsplätze von der Wirtschaftsentwicklung abhängen. Oder, dass die Ausgaben für Soziales nur dann finanzierbar sind, wenn die Wirtschaft funktioniert.

*Philipp Jurschitz: Gut, jetzt hat man eh Politische Bildung an der AHS eingeführt. Vielleicht ist das ein kleiner Lichtblick?*

*Herwig van Staa:* Zeitgeschichte: Großer Schrei über den Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Das wäre eine Sache gewesen nach dem Krieg, 50er und 60er Jahre, habe nichts dagegen wenn das heute noch gemacht wird. Wir haben Hunderte Publikationen in Tirol über Nationalsozialismus! Wer hat sie gelesen? War hat sich mit den Inhalten auseinandergesetzt? Wer diskutiert das wirklich? Niemand! Ich habe neulich mit Zeitgeschichtestudenten diskutiert! Das hat es zu meiner Zeit nicht gegeben, dass man Zeitgeschichte studiert, sondern nur Geschichte. Da habe ich gefragt, Zeitgeschichtestudenten aus Tirol und Vorarlberg: „Wie viel GAUE hat es in Österreich gegebene?“ „GAUE?“ Haben schon gewusst, war eine Nationalsozialistische Einteilung. Da haben sie schon mal überlegt! Hat es einen GAU Tirol gegeben? Ja... Dann habe ich gesagt: „War da noch was dabei?“ Dann haben sie nicht einmal, die Mehrzahl wusste nicht, dass Vorarlberg beim GAU Tirol-Vorarlberg dabei war, oder dass Osttirol bei Kärnten war. Frage: „Wer hat der Gau-Regierung angehört?“ Ja... Habe ich

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

gesagt: „Fangen wir an beim Gauleiter. Wisst ihr wer der Gauleiter war?“ Ja, hat eine gewusst! „Hofer“, habe ich gesagt, „aber nicht der Andreas Hofer!“ Habe ich gesagt: „Wie hat er denn mit Vornamen geheißen?“ Habe ich gesagt: „Franz hat er geheißen.“ Habe ich gesagt: „Und wer war Gauleiter Stellvertreter?“ .... Habe ich gesagt: „Und ihr sagts neue Forschungsaufträge?“ Diese einfachen Dinge sind 100 Mal publiziert und ihr studiert das!? Was nutzt da ein Forschungsauftrag, wenn wiederum ein Büchlein erscheint, über das einen Tag oder das einmal in der Zeitung berichtet wird? Wenn es so wichtig ist, dann sollen die Herrn Professoren das im Rahmen der universitären Forschung durchführen, das begrüße ich sehr! Die Wissenschaft ist frei, wenn das so ein wichtiges Thema ist, dann sage ich: „Jahwohl, dann wird auch dies und jenes erforscht oder Diplomarbeiten vergeben, genügend!“ Aber das ist halt das Lustige in der Öffentlichkeit!

*Philipp Jurschitz: Also es fehlt an der Effizienz solcher Dinge?*

*Herwig van Staa: Ich glaube schon!*

*Philipp Jurschitz: Na gut! Ich bedanke mich recht herzlich für das Interview!*

#### 4. Experteninterview, Christine Oppitz-Plörer, Stadträtin in Innsbruck, am 28.03.07

*Philipp Jurschitz: Ja, fangen wir gleich an. Die direktdemokratischen Einrichtungen auf Ebene des Bundes sind die Volksabstimmung, die Volksbefragung, das Volksbegehren, die Demoskopie die Bürgerbeteiligungen und wenn man so will, die Mitwirkungen an Verwaltungsverfahren. Jetzt ist es aber so, dass sich diese Verfahren nicht homogen in Innsbruck wiederfinden. Welche plebiszitären Einrichtungen findet man denn in Innsbruck?*

*Christine Oppitz-Plörer: Wenn Sie den Anfang bitte nochmals wiederholen würden bitte, das war mir jetzt von der Frage her...*

*Philipp Jurschitz: Die Frage ist, welche direkt demokratischen Instrumente man in Innsbruck findet?*

*Christine Oppitz-Plörer: Wie meinen Sie? Was bereits gemacht wurde, oder wie nach Stadtrecht die genauen Zuständigkeiten sind, also wie ab 300 Personen eine Volksbefragung etc. eingeleitet werden kann?*

*Philipp Jurschitz: Mich interessiert, was theoretisch möglich wäre!*

*Christine Oppitz-Plörer: Theoretisch möglich, also es gibt, die genauen Zahlen müsste ich selber im Stadtrecht nachschauen. Aber es gibt Bürgerinitiativen, Volksbefragungen, Volksbegehren etc. es ist theoretisch alles möglich, ja! Laut Stadtrecht auch vorgesehen, bis ab einem gewissen Quorum prinzipiell dann auch zu*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellers.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

behandeln. Meine Aussage dazu: Die allerdirekteste demokratische Beteiligung ist die Wahlbeteiligung. Für Jung, für Alt für alle Personen. Das ist die erste Form wo sich der Bürger und Wähler auch beteiligen kann. Eh...

*Philipp Jurschitz: Das ist die direkt demokratischste Beteiligung noch vor der Volksabstimmung?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Das ist für mich die allerdirekteste demokratische Beteiligung, das muss man sich immer wieder herausstreichen, auch wenn es darum geht, so quasi, für einzelne Projekte wählt man die Form der Bürgerbefragung, der Volksabstimmung etc. In Innsbruck, jetzt weiß ich nicht, ob das ein Sonderfall für andere Gemeinden ist. Wir haben auch als direkte Form der Beteiligung die Möglichkeit der Stadtrechtsausschüsse. In Igls gibt es bereits einen, in Arzl ist einer geplant bzw. in derzeitiger Begutachtung und wird dann auch, nachdem der Rechtsausschuss sich mit einer Änderung des Stadtrechtes derzeit beschäftigt, wird es da auch Änderungen geben.

*Philipp Jurschitz: Ok! Jetzt habe ich festgestellt, dass es eine Präferenz der Volksbefragung vor der Volksabstimmung gibt. Warum ist das so?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Das kann ich so nicht sagen. Woraus würden Sie die Präferenz erkennen?

*Philipp Jurschitz: Weil Volksabstimmungen...*

*Christine Oppitz-Plörer:* Ich kann die Frage nicht verifizieren eigentlich!

*Philipp Jurschitz: Hat es jemals eine Volksabstimmung in Innsbruck gegeben?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Also in Innsbruck ist mir auch keine bekannt.

*Philipp Jurschitz: Eben deswegen sehe ich eine Präferenz der Volksbefragung.*

*Christine Oppitz-Plörer:* Ich würde das nicht einmal als Präferenz sehen. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob es überhaupt das Erfordernis zu irgendeiner Angelegenheit gewesen wäre. Da kann ich eigentlich nichts dazu sagen!

*Philipp Jurschitz: Sollte man Ihrer Meinung nach direktdemokratische Mindeststandards, so wie sie im Ö-Konvent teilweise gefordert wurden, auf Gemeindeebene einführen? So dass man sagt, Ok, verfassungrechtlich vorgesehen in der Gemeinderordnung sind nun Volksabstimmungen, Volksbegehren usw. zu bestimmten Inhalten?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Durchaus überlegenswert, ja! Immer auf der Basis dessen, dass für mich, wie gesagt, die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Wahlen für mich wirklich die Grundlage bilden, und die Elemente der Volksbefragung und Volksabstimmung, Initiativanträge etc. dadurch ersetzen, wenn man bei Wahlen eh keine Beteiligung hat.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellers.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

*Philipp Jurschitz: Und woran liegt es, dass es so eine geringe Wahlbeteiligung gibt, und woran liegt es, dass noch keine demokratischen Mindeststandards in Innsbruck eingeführt worden sind?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Ich glaube, in Innsbruck gibt es demokratische Mindeststandards, das würde ich so nicht stehen lassen, dass sie nicht eingeführt sind, sondern es gibt ein entsprechendes Stadtrecht, die Innsbrucker Wahlordnung und ich sehe durchaus, dass es bereits Mindeststandards gibt, dass diese auch sehr entwickelt sind. Und der erste Teil der Frage war?

*Philipp Jurschitz: Woher die geringe Wahlbeteiligung kommt?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Da, glaube ich, gibt es eine Vielzahl an Hintergründen. Ich denke, je weniger man also... Ich würde es schon darauf zurückführen, dass je zufriedener, je weniger Wechselbereitschaft oder Wechselwille von einem Wähler gesehen wird, desto weniger wird er sich auch an einer Wahl beteiligen, weil er eher davon ausgeht, dass eh alles so bleibt wie es ist. D.h. wenn ich was ändern will, dann muss ich aktiv hingehen. Wenn eine relativ hohe Zufriedenheit, im Großen und Ganzen ist, denke ich, ist es auch ein Grund dafür, sich eher weniger bei der Wahl zu beteiligen, zumal das gerade wie in einer Gemeinde wie in Innsbruck, in der ein Mandat mit ca. 800-1000 Stimmen zu erreichen ist, was jetzt keine Riesentat bedeutet, würde es für jeden Einzelnen eigentlich attraktiv sein, also wenn er mit den bestehenden Wahlergebnissen unzufrieden ist, für sich selber zu sagen: Nein bitte, da kümmere ich mich jetzt selber drum, weil die Stimmen bekomme ich auch noch zusammen.

*Philipp Jurschitz: Ok. Jetzt habe ich mir genau angesehen, wie das bei einer Einleitung zu einer Volksbefragung aussieht. Beim Volksbegehren auf Bundesebene handelt es sich um ein Promille der Gesamtbevölkerung an Unterschriften, das notwendig ist, um es einzuleiten, das sind ca. 8.000 Unterschriften, um ein Volksbegehren einzuleiten. Bei einer Volksbefragung in Innsbruck sind es ca. 4,2%, das sind 5.000 Unterschriften, um die es sich handelt. In einem Eintragungsort müssten zu normalen Magistratszeiten alle zwei Minuten ein Bürger eine Unterschrift leisten. Jetzt ist das meiner Meinung nach, was die Erfolgchancen betrifft relativ gering, also nicht als eine eigentliche Form der „Bürgerinitiative“ bezeichnet werden kann. Könnten Sie sich vorstellen diese Hürden abzubauen? So dass man sagt, man erweitert die Unterschriftenzeiten oder man verringert die Anzahl der Unterschriften?*

*Christine Oppitz-Plörer:* Also die Unterschriftenzeiten sind meines Wissens nach nicht definitiv festgelegt im Stadtrecht, da ist nur die Anzahl festgelegt. Die Eintragszeiten auszuweiten würde sicher kein Problem sein, da würde ich nicht die Hürde sehen.

*Philipp Jurschitz: Und die Anzahl der Unterschriften zu verringern?*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Christine Oppitz-Plörer:** Ist sicher auch ein Thema, das man im Stadtrecht diskutieren kann, nachdem das Ganze überarbeitet wird.

**Philipp Jurschitz:** *Sehen sie eine Chance, dass es in dieser Richtung eine Änderung gibt?*

**Christine Oppitz-Plörer:** Wenn ich davon ausgehe, dass es nur 800 Stimmen braucht, einen Gemeinderatsitz zu erlangen, d.h. mit allen Rechten und Pflichten auch im Gemeinderat tätig sein zu können, selber Anträge einzubringen, in jede Gemeinderatssitzung, dringende Anträge, dringende Anfragen, dann muss man da sicher ein Verhältnis schaffen. Das kann man durchaus überlegen. Wenn das so ist, dass praktisch alle zwei Minuten jemand unterschrieben gehen müsste... Aber meines Wissens ist es ja nicht daran gescheitert, dass bei solchen Initiativen, dass da sich alle vor der Tür getroffen hätten und dann um Punkt sechs geschlossen werden und die anderen wären nicht mehr zur Unterschrift gekommen, sondern es sind auch gar nicht so viel Unterschriften. Ich sehe das von der anderen Seite her. Es ist also auch meines Wissens nicht so überlaufen gewesen, dass man sagt, man hätte das ausweiten müssen, das wäre das kleinste Problem und der amtierende Bürgermeister, weiß ich auch, dass es nicht in Frage gekommen wäre, dass man Leute abweist, sondern es waren auch nicht mehr Leute. Diese Umrechnung als Hürde würde ich so nicht gelten lassen, als Hindernis, dass die Leute nicht hinkommen.

**Philipp Jurschitz:** *Können Sie sich vorstellen, dass sich BürgerInnenbeteiligungsprozesse über einen Stadteilausschuss hinaus ergeben, ähnlich wie es bei der Lokalen Agenda 21 (LA 21) in Wien der Fall ist?*

**Christine Oppitz-Plörer:** Ich komme darauf zurück, was ich vorhin gesagt habe. Das, was ich primär unternehmen muss, ist, dass die Bürger bei den Wahlen sich beteiligen, für das gibt es ja regelmäßig abgehaltene Wahlen mit gewissen Strukturen. Und daran liegt es, dass man Wahlprozesse und Wahlen durch alle möglichen Strukturen und alle anderen möglichen Beteiligungsformen ersetzt, weil das würde heißen, dass man die Wahl eigentlich obsolet macht.

**Philipp Jurschitz:** *Das habe ich auch nicht gesagt, ergänzen habe ich gesagt!*

**Christine Oppitz-Plörer:** Aber für mich geht es in die Tendenz, dass es das ersetzen würde. Und es ist sogar auch die Frage, wie man die Stadteilausschüsse abbildet, weil ein Stadteilausschuss nie den Gemeinderat ersetzen kann. Der Gemeinderat hat Rechte und Pflichten und muss entsprechend gestärkt sein und gestärkt bleiben, weil der letztendlich auch die Verantwortung hat.

**Philipp Jurschitz:** *Weil Sie gesagt haben, Wahlen seien die direkteste Form der Beteiligungsmöglichkeit: Laut herrschender Lehre sind Wahlen eine indirekte Form der Beteiligungsmöglichkeit, weil der Wähler eine Stimme abgibt und dann der Repräsentant über einen bestimmten Zeitraum eigentlich über den Willen des Wählers hinwegentscheiden kann. Das sieht man immer wieder, dass Wahlversprechen nicht eingelöst werden. Warum ist dann die Wahl Ihrer Meinung nach die direkteste Form der Beteiligung?*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Christine Oppitz-Plörer:** Da kann ich jetzt in dem Fall keine Antwort geben vor dem Hintergrund, dass wir als Fraktion für Innsbruck die Einzigen gewesen sind, die auch bei der letzten Wahl eine Bilanz gelegt haben, wo ganz klar nachzuvollziehen war, was von den Wahlversprechen gehalten worden ist und was ist nicht gehalten worden? Wenn andere Gruppierungen speziell ausdrücklich topaktuell jetzt bei Nationalratswahlen das Blaue vom Himmel versprochen, ist das sicher... kann das zu einem Problem der Demokratie werden. Ich kann das aber nur aus dem heraus beantworten, in einer politischen Bewegung tätig zu sein, die ihre Wahlversprechen auch einhält. Also das ist glaube ich eines vom Wichtigsten. Es ist auch die Stärkung, und auf das muss man auch letztendlich die Parteien immer wieder drängen und insofern finde ich das bei Bewegungen, die die Wahlversprechen nicht einhalten, weil die auch von den eigenen Leuten sehr gedrängt werden, absolut richtig.

**Philipp Jurschitz:** *Zwei kurze Fragen noch: Finden Sie es demokratiepolitisch korrekt, wenn sich jetzt Meinungsumfragen, oder wenn sich bei Meinungsumfragen herausstellt, dass die Mehrheit gegen ein bestimmtes Vorhaben ist. Ganz kritisch wird von der Opposition, soweit ich das mitbekommen habe, immer wieder der Bau der Hungerburgbahn genannt, weil laut damaligen Meinungsumfragen der Grossteil der Bevölkerung gegen den Bau der Hungerburgbahn ausgesprochen hat. Jetzt wird sie aber trotzdem gebaut!*

**Christine Oppitz-Plörer:** Letztendlich ist es, glaube ich, bei der Wahl auch so zu entscheiden gewesen. Die Wahl ist keine Umfrage, sondern die Wahl ist eine Wahl. Das heißt in Innsbruck hat bei der Wahl die Möglichkeit bestanden, sich für oder gegen die Hungerburgbahn auszusprechen. Es war also der Baubeginn, wo auch ein Gemeinderat gewählt wurde, der sich zu, es waren 28 von 40 also von rund 80% für diesen Bau ausgesprochen hat, hat trotzdem diese Gruppierung, also war bei der Wahl erfolgreich, die gesagt hat: „Wir bauen die Hungerburgbahn, wir stehen dafür, wir sind immer dafür gestanden, wir wollen das bauen“. D.h. die Meinungsumfrage deckt sich nicht mit dem konkreten, mit der konkreten Ausgestaltung, wenn dann gesagt wird: „Es wird gebaut, es wird etwas getan.“ Ich glaube die Politik ist wirklich auf das zurückzuführen. Erstens ist ganz klar einzufordern, dass Wahlversprechen und Ankündigungen, die gemacht worden sind, auch eingehalten werden. D.h. jemand der Wahlversprechen macht und dann nicht einhält, gehört dann auch beim nächsten Mal abgewählt. Das ist, glaube ich, dann auch dieser Zeitablauf, weil Meinungsumfragen nie entscheiden können über die wesentliche Ausgaben und Foren einer Stadt. Für das gibt es die Verantwortung, weil auch eine Meinungsumfrage hat ja keine Verantwortlichkeit, weil sich dann herausstellt, dass das andere eine richtige Entscheidung gewesen wäre. Ich glaube für das ist die Politik gewählt und in Innsbruck gibt es also zwei negative Beispiele, wo die Umfragen dann das nicht gebracht haben, was dann die Wähler entschieden haben. Das war einmal die Autobahnausfahrt Mitte, wo dann auch diese Gruppierung dann erfolgreich war, die ganz klar gesagt hat, sie baut also diese Abfahrt und sie steht dafür ein, auch wenn sie dafür abgewählt werden würde, weil oft Entscheidungen in einer Stadt unmittelbar oft einen Stadtteil betreffen, für diesen Stadtteil möglicherweise nicht nur positive Auswirkungen wären, aber für die gesamte Stadt einfach entschieden werden muss. Und diesen

Überblick und diesen Gesamtblick muss in einer Stadt die Stadtregierung haben und in einem Land die Landesregierung, auch wenn es für eine Region einen Nachteil hat.

**Philipp Jurschitz:** *Mein letzte Frage: Können Sie sich vorstellen, das künftig auch in Gemeinderatsausschüssen alle interessierten Gemeinderäte – also jetzt mit Rederecht aber ohne Stimmrechte – auch teilnehmen können. Derzeit dürfen das ja nur von der Fraktion entstandene Ausschussmitglieder.*

**Christine Oppitz-Plörer:** Die Gemeinderatsausschüsse werden nach dem Wahlergebnis besetzt. Das ist auch richtig und das ist auch wichtig, weil letztendlich der Gemeinderat sich aus dem zusammensetzt, wie der Wähler das entscheidet. Deswegen haben die in den Ausschüssen auch die entsprechende Verantwortung, wo sie auch den Kopf hinhalten müssen. Nichts desto trotz haben wir Innsbruck auch die Regelung, dass wir bei ganz großen und wichtigen Themen, sowohl im Stadtsenat als auch im Gemeinderat erweiterte Stadtsenatssitzungen und auch Ausschusssitzungen haben. Ich habe selber erweiterte Ausschüsse auch schon gehabt, zu einem Thema, wo es um Jugendbeteiligung gegangen ist. Dann haben wir zu den ganz großen Verkäufen in der Stadt auch im Stadtsenat auch eben alle Fraktionen einbezogen haben. Das wird also so gelebt, das ist so!

**Philipp Jurschitz:** *Ja gut, dann bedanke ich mich recht herzlich.*

**Christine Oppitz-Plörer:** Bitte, gerne!

## 5. Experteninterview, Uschi Schwarzl, Stadträtin in Innsbruck, am 03.04.07

**Philipp Jurschitz:** *Vielen Dank Frau Schwarzl, dass Sie sich bereit erklärt haben, mir ein Interview im Rahmen meiner Diplomarbeit zu geben.*

**Uschi Schwarzl:** Aber gerne doch!

**Philipp Jurschitz:** *Zu meiner ersten Frage: Direkt demokratische Einrichtung auf Ebene des Bundes sind die Volksabstimmung, das Volksbegehren, die Volksbefragung, die Demoskopie, Bürgerbeteiligung und Mitwirkung an Verwaltungsverfahren. Jetzt ist es aber so, dass sich diese Instrumente nicht homogen in Innsbruck wieder finden. Welche plebiszitären Elemente findet man denn überhaupt in Innsbruck?*

**Uschi Schwarzl:** (lacht). Eigentlich keine, weil das einzige plebiszitäre Instrument im Innsbrucker Stadtrecht ist die sogenannte BürgerInneninitiative, die man im Stadtrecht steht, sie nicht geschlechtsneutral formuliert. Und die ist eigentlich eine Farce. D.h. wenn sozusagen Bürgerinnen und Bürger eine Bürgerinitiative an den Gemeinderat

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

herantragen wollen, dann müssen sie zuerst mal, ich glaube 200 Unterschriften zusammenbringen, damit dann eine Eintragungsmaschinerie in Gang kommt und dann braucht man dann innerhalb von 14 Tagen 5.000 Unterschriften und d.h. und es ist auch nicht geregelt, wie viel Eintragungslokale mit welcher Eintragszeit oder Öffnungszeit es gibt. Im Endeffekt hat es dann ein Eintragungslokal im Rathaus und mit normalen Öffnungszeiten des Rathauses, so habe ich mir ausgerechnet, müssten alle zwei Minuten ein Bürger, eine Bürgerin hineingehen und unterschreiben. Wenn das der Fall wäre, dann würde es zu einer Volksbefragung über das Thema kommen und wenn sich dann die Mehrheit der Stimmberechtigten mit dieser Initiative anfreundet, dann kommt es erst in den Gemeinderat. Also das ist also, drum hat es in Innsbruck so etwas eigentlich noch nicht gegeben. Ich glaube lange vor meiner Zeit, Ende der 70er Jahre, hat es da mal einen Versuch gegeben wegen dem Flughafen, das zu machen und das ist auch an diesen Hürden gescheitert. Das ist also das einzig direkt demokratische Verfahren, das wir im Stadtrecht haben, und das ist natürlich ganz unzureichend. Ich hätte da ganz viel Ideen, was man da ändern könnte, weil ich bin nicht unbedingt eine Verfechterin dieser Großabstimmungen, weil es die Leute nicht dort abholt, wo sie in ihrem kleinen Betroffenheitsbereich eigentlich mitreden sollen. Und ich bin auch der Meinung, dass man nicht alles an Partizipation rechtlich formalisiert machen kann. Es gibt darunter auch andere Partizipationsmöglichkeiten.

*Philipp Jurschitz: Bleiben wir gleich dabei! Was hätten Sie denn für Ideen?*

*Uschi Schwarzl:* Wir haben schon mehrmals Stellungnahmen für eine Novelle des Innsbrucker Stadtrechtes formuliert. Wir hätten da einige Vorschläge. Ein kleiner Schritt wäre folgender: Derzeit werden BürgerInnenversammlungen von der Frau Bürgermeister dann abgehalten, wenn sie es für gut befindet und das ist zeitlich immer in der Nähe von einem bevorstehenden Wahlkampf. Da reitet sie dann auf mit T-Shirts „Wir alle sind Stadt“ und in jedem Stadtteil und das läuft aber dann so ab, dass sie referiert, sie moderiert, sie Zensuren verteilt, also das ist unprofessionell bis zum Gehnichts, was jetzt wirklich heißt, die Probleme der Leute aufzunehmen. Weil das kann man ja nicht mit einer einmaligen Showveranstaltung, sondern auf BürgerInnen eingehen ist meistens ein Prozess.

Und da würden wir vorschlagen, dass ein bestimmtes Quorum – entweder eine absolute Zahl oder ein bestimmter Anteil an Stimmberechtigten – das Recht hat, von sich aus eine BürgerInnenversammlung zu verlangen.

Der zweite Schritt – etwas höherschwelliger sozusagen – ist die Möglichkeit, dass auch Bürger und Bürgerinnen im Gemeinderat Anträge stellen können. Da müsste man auch wieder sagen, dass dann ein bestimmtes Quorum eines Stadtteils, das dann schon ein wenig höher liegt, kann einen Antrag einbringen und stellt dann einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte, die dann diesen Antrag im Gemeinderat referiert und argumentiert und dann bei sämtlichen Abstimmungen, auch dann wem der Antrag zugewiesen wird, am Ausschuss oder im Stadtsenat mit Rederecht dabei sein kann. Es geht nicht immer nur darum, dass Anliegen von BürgerInnen 1:1 umgesetzt werden müssen, sondern, es geht einfach darum, bei der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

dabei zu sein, damit Abstimmungen auch nachvollziehbar werden, um das geht es. Es geht nicht darum, den Leuten nach dem Mund zu reden, sondern einfach, ihnen die Möglichkeit zu geben ihr ExpertInnenwissen, und ich glaube, dass BürgerInnen gerade in ihrem Stadtteil oder ihrem Wohnumfeld vielmehr Expertinnen sind als wir Politiker. Ich bin es für meinen Stadtteil, aber nicht fürs O-Dorf.

*Philipp Jurschitz: Allein schon aufgrund des Betroffenheitsgrades?*

*Uschi Schwarzl:* Ganz genau! Und sie dort als ExpertInnen abzuholen und Ernst zu nehmen. Was ich so fatal sehe, dass es so viel Energie gibt bei den BürgerInnen. Die wird aber meistens dann mobilisiert, wenn es gegen etwas geht. Und ich würde eigentlich gerne die Energie für etwas abholen.

*Philipp Jurschitz: Also konstruktive nützen?*

*Uschi Schwarzl:* Ja.

*Philipp Jurschitz: In Deutschland hat sich ja gezeigt, dass direkt demokratische Instrumente, die dort auf kommunaler Ebene angeboten werden, mittlerweile recht häufig genutzt werden. Jetzt hat die Frau Stadträtin Frau Oppitz-Plörer gemeint, dass Wahlen die direkteste Form der Beteiligung sind.*

*Uschi Schwarzl:* Nun, ich finde, man muss da schon aufpassen. Ich bin schon eine Verfechterin des repräsentativ demokratischen Systems. Drum wehre ich mich auch so gegen die Bürgermeisterdirektwahlen, weil das setzt dem repräsentativen System der Verfassung das präsidiale System dazu. Und drum ist es ja... das Innsbrucker Stadtrecht ist ja schon sehr monokratisch auf den Bürgermeister, die Bürgermeisterin hin aufgebaut. Wenn der jetzt auch noch direkt vom Volk gewählt wird, ohne dass man die Spielregeln zwischen Bürgermeister und Gemeinderat verändert, dann können wir heimgehen als Gemeinderat. Aber noch mal: BürgerInnenpartizipation kann nicht die repräsentative Demokratie ersetzen – und soll sie auch nicht – aber unheimlich gut ergänzen.

*Philipp Jurschitz: Es ist auch meine Idee, dass beide Instrumente sich ausgleichen.*

*Uschi Schwarzl:* Ich halte auch nichts davon, in Innsbruck oder in Österreich das schweizerische System überzustülpen, weil die haben eine ganz andere direkt demokratische Erfahrung über Jahrhunderte hinweg. Für mich kommt jetzt noch dazu – ich mache selbst gerade die Ausbildung zu einer 21% Begleiterin – und bin gerade in einer Praxisphase in einer Gemeinde. Ich glaube, dass sozusagen neben der formalisierten und hierarchisierten Struktur auch sozusagen Beteiligungsprozess abseits der Regelung im Stadtrecht Sinn machen, weil diese auch sehr niederschwellig sein können. Es geht nämlich auch drum, nicht immer nur die gleichen Leute abzuholen, die eh immer nur unter Anführungszeichen „mitschaftln“. Es gibt auch Leute, wo es andere Niederschwelligkeit braucht, dass sie überhaupt auf ihre Bedürfnisse kommen und diese artikulieren. Da braucht es eben kein Abstimmungsverfahren, sondern da braucht es ganz andere Mechanismen.

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Philipp Jurschitz:** *Das glaube ich auch. Zumal ich denke, dass die BürgerInnen auch mitreden wollen.*

**Uschi Schwarzl:** Aber man muss ihnen auch in der Demokratie das Recht geben zu sagen: „Ich will nicht“. Das Recht, sich der Beteiligung zu entschlagen, muss es auch geben. Aber man muss eben schauen, dass es nicht ein Exklusivrecht von einigen Wenigen wird, man muss schauen, dass man sozusagen die Gruppen erreicht – entweder über ihre Vertretung oder über sie selber – die eigentlich sich schwer einbringen. Das sind sozial schwache Leute, wohnungslose Menschen, MigrantInnen, Jugendliche... usw. Man muss also für unterschiedliche Personengruppen und die unterschiedliche Bedürfnisse und Problemlagen haben unterschiedliche Zugänge suchen und finden.

**Philipp Jurschitz:** *Wieso glauben Sie, dass man in Innsbruck die Volksbefragung gegenüber der Volksabstimmung präferiert? Wieso macht man eine Befragung, wenn es die Möglichkeit gäbe, eine Abstimmung zu machen? Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, eine Abstimmung einzuleiten?*

**Uschi Schwarzl:** Naja, die Volksbefragung ist eigentlich nichts anderes als eine Volksabstimmung, wobei das Begehren, das positiv behandelt wurde, dann in den Gemeinderat muss und wenn der Gemeinderat dem nicht folgt, dann kommt es zur Auflösung des Gemeinderates. Ob man das jetzt Volksbefragung oder Volksabstimmung nennt, halte ich jetzt ziemlich für egal.

**Philipp Jurschitz:** *Wären Sie der Meinung, dass man zusätzlich einen direkt demokratischen Mindeststandard einführen soll? Jetzt mal abgesehen von der BürgerInnenbeteiligung bestimmte Abstimmungen zu bestimmten Themenkreisen? Wenn man so will, dass man die direkt demokratischen Instrumente des Bundes auf die Ebenen der Gemeinden und Länder überträgt?*

**Uschi Schwarzl:** Prinzipiell kann ich mir das sehr wohl vorstellen. Das setzt aber voraus, dass man ganz gezielte Öffentlichkeitsarbeit macht. Wenn man Volksabstimmungen zu Änderungen des Innsbrucker Stadtrechtes macht, dann wird das heikel. Einfach nur zu fragen: „Taugt euch das oder nicht?“, das wäre zu billig. Das Innsbrucker Stadtrecht ist eine komplexe Materie und das wären dann Alibibefragungen, wenn man nicht vorher den Leuten sukzessive näher bringt, um was es dabei geht, kann ich mir vorstellen. Nur das hineinzuschreiben, dass das sein muss, bringt überhaupt nichts.

**Philipp Jurschitz:** *In dem Fall bräuchte es ein Mehr an Bürgern!*

**Uschi Schwarzl:** Was ich mir hätte vorstellen können an Volksbefragungen – der Gemeinderat kann ja selbst auch eine Volksbefragung initiieren – zu der Sache „Hungerburgbahn Neu“. Nur ab dem Zeitpunkt, wo die Verträge mit der STRABAG unterschrieben waren, hätte man das ganz verklausuliert formulieren müssen, weil

man kann – das ist im Stadtrecht vorgesehen – gegenüber Dritten erwachsenes Recht nicht einer Volksbefragung unterziehen.

*Philipp Jurschitz: Das war ja an sich auch raffiniert!*

*Uschi Schwarzl: Ja, der Zeitpunkt! Wir haben damals wie das Projekt – bevor der Dienstleistungsvertrag mit der STRABAG unterschrieben wurde – ist der Antrag auf eine Volksbefragung im Raum gestanden, nur da ist er dann gleich abgelehnt worden. Wir hätten dann im Sommer drauf versuchen können, die Notbremse zu ziehen, nur da hätten wir das so formulieren müssen, dass die Stadt mit der STRABAG in Verhandlungen tritt und aus dem Vertrag austritt.*

Ich denke, Volksbefragungen haben nur dann Sinn, wenn sie auch zu einer Diskussion führen. Also ich denke, eine Volksbefragung kann ein Motor sein, etwas zu einem Thema zu machen. Nur das heißt auch was! Dann muss es auch ein Gleichgewicht in den Ressourcen in Sachen Pro und Contra geben. Das hat auch sehr viel mit lebendiger Auseinandersetzung zu tun.

*Philipp Jurschitz: Im Habermas'schen Sinn wäre es ein deliberativer Prozess, den er vorschlägt, der aber kaum vorhanden ist.*

*Uschi Schwarzl: Ja!*

*Philipp Jurschitz: Sehen Sie das als demokratiepolitisch korrekt, wenn, 70% oder 80% waren es damals laut Demoskopien, gegen den Bau der Hungerburgbahn.*

*Uschi Schwarzl: Ob nun wirklich eine Mehrheit dagegen gewesen wäre, das wäre das Ergebnis ein Volksbefragung gewesen. So sind halt Unterschriften durch die Gegend gegeistert, aus denen ablesbar war, dass ein Großteil der Bevölkerung dagegen war. Es hat die Bevölkerung halt sehr gespalten. Und da ist es wichtig den BefürworterInnen und GegnerInnen Waffengleichheit zu geben, das wäre eine spannende Sache. Ich kann nicht sagen, wie es dann wirklich ausgegangen wäre, weil es gerade unter den jungen Leuten viele Befürworter gegeben hat. Es spaltet die eigene Geschichte, weil ja ganz viele Leute mit dieser alten Bahn groß geworden sind.*

Das hat aber auch sehr viel zu tun mit der Megalomanie diese Stadtführung, in der man von einem Großprojekt zum nächsten hechelt und dabei entsteht bei mir das Gefühl, dass die alltäglichen Sorgen der Leute zu kurz kommen.

*Philipp Jurschitz: Das Argument, warum die Hungerburgbahn von der Ära Zach-Staa dann gebaut worden ist, war ja, dass sie bei den Wahlen gewonnen haben. Frau Oppitz-Plörer hat gesagt, dass das Projekt der Hungerburgbahn im Wahlprogramm drinnen gestanden ist; sie sind gewählt worden und deswegen hat man die Bahn auch gebaut.*

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

**Uschi Schwarzl:** (lacht) Sie haben aber massiv verloren und trotzdem gewonnen (lacht). Das sagen sie nicht so gerne.

**Philipp Jurschitz:** *Eine letzte Frage: Wie würden Sie die Zukunft der Demokratie in Innsbruck sehen?*

**Uschi Schwarzl:** Es kann nur aufwärts gehen (Lacht laut!). Also unser Stadtrecht ist wirklich... nicht nur, was die plebiszitären Elemente anbelangt, sondern auch was die Rechte der GemeinderätInnen betrifft, das könnte noch aus der Metternich'schen Zeit sein. Wir haben zB. – und das ist wirklich einzigartig unter den Landeshauptstädten – können GemeinderätInnen in jedem Ausschuss drinnen sitzen und ihr Rederecht nutzen und Abstimmen in den Ausschüssen, wo sie auch Mitglied sind. Bei uns darf in den Ausschuss nur das Mitglied gehen, was also solches benannt ist oder ebene sein Ersatz. Ich bin nicht Mitglied im Sozialausschuss und dürfte dort auch gar nicht hingehen. Es sind eben diese Kleinigkeiten. Es gibt eine Regelung, die dir Rechte der Opposition unheimlich behindert – ich glaube die Rechte der Opposition sind ein Gradmesser für die demokratische Verfassung. Schriftliche Anfragen – ob jetzt normale Anfragen oder dringende Anfragen – werden seit der letzten Wahl von der Zach nur mehr noch zur späten Stunde verlesen – ganz schnell verlesen – und es wird uns die schriftliche Ausfertigung verweigert! D.h. Man muss wie ein Irrer mitschreiben, bekommt das eigentlich nicht ganz mit, die Journalisten legen auch den Stift weg, weil es zu viel ist. Und gerade die Anfragen sind eigentlich das Salz in der Suppe. Die Diskussion wird immer verweigert, da braucht es eine Mehrheit dafür. Man kann keine mündliche Zusatzfrage stellen. In der Ära Nischa hatten wir die Anfragebeantwortungen noch am Beginn der Gemeinderatssitzungen schriftlich auf unserem Schreibtisch. Man konnte sich das noch durchlesen und am Ende der Tagesordnung hat man bereits gewusst, was die Antwort ist, man hat dann sinnvoll drüber diskutieren können und die Diskussion wurde dann auch oft eröffnet. Das gehört also anders geregelt.

**Philipp Jurschitz:** *Wieso weiß das die Öffentlichkeit nicht?*

**Uschi Schwarzl:** Wir haben das schon mehrmals kritisiert! Das war eigentlich auch der Hauptschlagabtausch in den Medien nach der Wahl, wie man mit dieser Situation umgeht. Das Stadtrecht und die Geschäftsordnung sehen nicht ausdrücklich vor, dass eine schriftliche Beantwortung folgen muss. Das war bisher eigentlich ein „Gentlemen's Agreement“, das es jetzt halt nicht mehr gibt. Wir haben dazu schon auch eine Aufsichtsbeschwerde gemacht und auch teilweise Recht bekommen. Aber unter Berufung auf das Stadtrecht, wo das nicht explizit formuliert ist, kann man eigentlich nichts machen. Angeblich gibt es ja schon eine koalitionsinterne Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Stadtrechtes. Es wäre halt wichtig, dass wir die Antreibenden von außen sind. Wobei ich es ja grotesk finde. Es hat ja auch schon sehr viel mit Demokratiedefiziten zu tun: Wie es um die Bundesverfassung gegangen ist, hat es einen Ö-Konvent gegeben, wo alle Parteien geladen waren. In Innsbruck gibt es zur Novelle des Stadtrechtes einen Vizebürgermeister Platzgummer, der im stillen Kämmerchern das Grundlagenpapier erarbeitet, das dann nur koalitionsintern besprochen wird. Und irgendwann wird das Papier

Ergänzung zu:

Philipp Jurschitz, **Demokratie dynamisch. Demokratische Strukturen in Wirtschaft und Gemeinde**

Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte, Band 21, hg. von Anton Pelinka und Helmut Reinalter

Braumüller 2008, ISBN 978-3-7003-1647-3, <http://www.braumuellner.at/978-3-7003-1647-3>

© Braumüller Verlag. Alle Rechte vorbehalten.

auch den anderen Fraktionen im Gemeinderat auch dann vorgelegt nach dem Motto: „Friss oder stirb!“ Das macht ja auch schon sehr viel deutlich.

*Philipp Jurschitz: Mann kann also von einem demokratischen Defizit sprechen?*

*Uschi Schwarzl:* Ja! Und zentral wird sein, die Rolle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters zu beschneiden. Z.B. darf es so Sachen wie das BAWAG-Notrecht nicht mehr geben. Nämlich, dass es keine Sanktionsmöglichkeit gegenüber einem zu Unrecht verhängten Notrecht gibt. Dann müssen die Rechte der GemeinderätInnen gestärkt werden und auch die Oppositionsrechte müssen gestärkt werden und vor allem auch und was man dringend braucht, endlich mal einen ordentlichen „BürgerInnenpart“ im Stadtrecht.

*Philipp Jurschitz: Gut, dann bedanke ich mich für das Interview und schließe Sie in mein Abendgebet ein!*

*Uschi Schwarzl:* Ja gerne!